

Pacific News

Nachrichten - Mitteilungen - Hintergründe
aus dem pazifischen Raum

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.



Die Flutkatastrophe in Süd- und Südostasien
Indonesiens bedeutendster Erzähler Pramoedya Ananta Toer
Papua Niugini: Wantoks und Reeboks
Alte Konflikte und neue Kriege in Südostasien
Landrechtsprobleme in Kambodscha
Die schwierigen Beziehungen Osttimors zu Indonesien



Pacific News

Die Pacific News, ISSN 1435-8360, ist das periodisch erscheinende Informationsmedium der Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA), welches in Zusammenarbeit mit der Abt. für Kultur- u. Sozialgeographie am Geographischen Institut der Universität Göttingen herausgegeben wird.

Durch die interdisziplinäre Vielfalt der Beiträge möchte die Pacific News ihren Lesern die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum erleichtern; ferner ist es ein Bestreben der APSA, engagierten Nachwuchswissenschaftlern eine seriöse Publikationsplattform anzubieten.

Die Pacific News erscheint halbjährlich in Göttingen. Interessierte Autoren können die Redaktion unter den angegebenen Adressen kontaktieren.

Inhaltsverzeichnis

Pacific News Nr. 24

S. 4 *Rolf Jordan & Michael Waibel*

Alte Konflikte und neue Kriege in Südostasien

S. 7 *Rainer Werning*

Leben und Schreiben unter Besatzern und Despoten:
Streifzüge durch die Geschichte Indonesiens und das
Wirken seines bedeutendsten Erzählers
Pramoedya Ananta Toer

S. 10 *Wilfried Gebhardt*

Keine Landrechte und keine Sicherung von
sozialen Systemen in Kambodscha

S. 13 *Günter Spreitzhofer*

Papua Niugini
Wantoks und Reeboks

S. 18 *Michaela Koller*

Versöhnung ohne Gerechtigkeit befürchtet
Die schwierige Hypothek in den Beziehungen
Osttimors zu Indonesien





Dr. Michael Waibel

Ende 2004 verursachte ein schweres Seebeben vor der Küste Sumatras ein Flutkatastrophe, die in weiten Teilen Süd- und Südasiens Zerstörungen von bis dahin ungekanntem Ausmaß zur Folge hatte. Hundert Tausende von Menschen starben an den Küsten Thailands, Sri Lankas und Indonesiens, als meterhohe Wellen Fischerdörfer, Küstenstädte und Tourismus-Ressorts hinwegspülten. Weltweit hat die Flutkatastrophe zur Initiierung von Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung in den betroffenen Regionen geführt – beleitet von einem enormen Interesse der Medien. Heute, ein halbes Jahr später, hat die verheerende Katastrophe zwar viel von ihrer Medienpräsenz verloren, die Folgen des Tsunami werden in den betroffenen Regionen aber sicherlich noch lange sichtbar und spürbar bleiben.

Mit den Beiträgen von Reese, Unger und Hoppe greift auch die *Pacific News* diese Thematik auf. Analysen der Folgen der Flutkatastrophe für die Menschen und Berichte über die Chancen und Schwierigkeiten der Hilfe für die betroffenen Menschen sollen auch in den kommenden Ausgaben der *Pacific News* die Diskussion über die Folgen der Krise und die damit einhergehenden Fragen nach den Möglichkeiten der internationalen Hilfe und Zusammenarbeit weiterführen.

Daneben wird die *Pacific News* aber auch weiterhin ein Forum für einen interdisziplinären Austausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern aus unterschiedlichen Disziplinen und Arbeitszusammenhängen sein und bestrebt bleiben, ein breites Spektrum an Themen und Fragestellungen aus der Region aufzugreifen und zur Diskussion zu stellen.



Dr. Rolf Jordan



Michael Hoppe **S. 21**

Ein halbes Jahr nach dem Weltbeben:
Wiederaufbau in der indonesischen Provinz Aceh

Niklas Reese **S. 23**

Schwierige Zeiten für Frieden, Gerechtigkeit und
Demokratie: Die gesellschaftliche Dimension
des Tsunami am Indischen Ozean



Bernd Unger **S. 27**

Die Flutkatastrophe in Süd- und Südostasien:
Ein persönlicher Zwischenbericht einer privaten
Hilfsinitiative

Andrea Fleschenberg **S. 29**

Uni einmal anders: Kooperationsworkshop
„Asiens Superwahljahr 2004“



Coverbild: Geh mir aus dem Weg © Werner Sperl 1992
(Aufnahmeort: Bali/Indonesien in einem kleinen Fischerdorf an der Südküste)
Weitere Fotos unter: <http://www.wernersperl.de> und
<http://www.fotocommunity.de/pc/pc/mypics/535970>

Alte Konflikte und neue Kriege in Südostasien

Rolf Jordan & Michael Waibel

Noch in den 1980er und 1990er Jahren waren große Teile Ost- und Südasiens vor allem als wirtschaftliche Boomregionen wahrgenommen worden. Rapide Industrialisierung und eine rasche Integration in den Weltmarkt bestimmten lange Zeit nahezu ausschließlich die Wahrnehmung vieler der Länder in der Region. Dabei wurde die zum Teil lange ‚Tradition‘ von Konflikten ebenso wenig thematisiert, wie die Existenz diktatorischer Regime und deren gewalttätige Herrschaftsausübung, die in vielen der Länder mit der gewaltsamen Unterdrückung oppositioneller Kräfte einherging.

Die damit einhergehenden Konflikte und Gewaltexzesse galten angesichts der enormen wirtschaftlichen Entwicklung, die in immer mehr Ländern der Region zu beobachten war, zumeist als vorübergehende Phänomene der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transition, als Relikte vergangener Entwicklungsphasen (Kolonialismus) oder auch schlicht als ‚Kinderkrankheiten‘ auf dem Weg zu stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen nach westlichen Muster betrachtet.

Südostasien: Eine Krisen- und Kriegsregion?

Erst mit dem Ende des Booms und der als ‚Asienkrise‘ bekannt gewordenen schweren Währungs- und Finanzkrise Ende der 1990er Jahre traten gewaltsame Konflikte auch in der Region wieder verstärkt ins (vor allem internationale) Bewusstsein. Zu wirtschaftlichen Problemen in der Region gesellten sich zunehmend politische und gesellschaftliche Krisen. In Deutschland hat wahrscheinlich besonders die Entführung von Touristen – darunter auch die aus Göttingen stammende Familie WALLERT – durch Mitglieder der mit radikal-islamischem Gestus auftretende, aus Mindanao/Südphilippinen stammende *Abu Sayyaf*-Gruppe, die Aufmerksamkeit auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen gelenkt, die Teile der Region noch immer prägen. Diese Wahrnehmung wurde

noch verstärkt in der Folge der Ereignisse des 11. September und nach den Bombenattentate auf der Paradiesinsel Bali vor allem Indonesien und Teile der Philippinen mit Tendenzen eines erstarkenden ‚islamischen Fundamentalismus‘ und der Gefahr eines internationalen Terrorismus in Verbindung gebracht wurden. Zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit den oftmals seit Jahrzehnten andauernden Konflikten hat aber auch diese neue Wahrnehmung kaum beigetragen.

Ende 2004 verursachte ein schweres Seebeben vor der Küste Sumatras ein Flutkatastrophe, die in weiten Teilen Süd- und Südasiens Zerstörungen von bis dahin ungekanntem Ausmaß zur Folge hatte. Hundert Tausende von Menschen starben an den Küsten Thailands, Sri Lankas und Indonesiens als meterhohe Wellen Fischerdörfer, Küstenstädte und Tourismusressorts hinwegspülten. Weltweit hat die Flutkatastrophe zugleich zur Initiierung von Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung in den betroffenen Regionen geführt. Mit Sri Lanka und Aceh hat die Katastrophe zwei Regionen getroffen, die seit Jahrzehnten durch Bürgerkriege gekennzeichnet sind. Vor allem in Aceh sahen sich internationale Hilfsaktionen vor das Problem gestellt, in einer Region operieren zu müssen, die bis zur Katastrophe durch Kriegsrecht für Ausländer nahezu vollständig gesperrt war. Hinzu kommt, dass trotz des enormen Ausmaßes der Katastrophe die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem indonesischen Militär und der acehnischen Widerstandsbewegung GAM keineswegs beendet sind.

‚Neue Kriege‘ und ‚globalisierte Kriegswirtschaft‘

Viele dieser und weiterer gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Region werden vor allem als Ausdruck ethnischer oder religiöser Konflikte angesehen, wie sie nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz vor allem in Osteuropa und in Afrika zu

beobachten waren (und sind). Doch auf den zweiten Blick zeigt sich, dass Kultur, Religion und Ethnizität als originäre Kriegsursachen hier wie dort nur wenig taugen und sich die Konfliktparteien dieser Kategorien in erster Linie zum Zwecke der Mobilisierung von Unterstützung und Ressourcen bedienen.

Als tragfähiger für eine Analyse der weltweit zu beobachtenden kriegerischen Auseinandersetzungen könnte sich hier das Konzept der ‚Neuen Kriege‘, wie es von Autoren wie KALDOR (2000) oder auch MÜNKLER (2003) vertreten wird, erweisen. Der Blick richtet sich dabei auf die Frage nach den veränderten Rahmenbedingungen staatlicher Handlungsfähigkeit in Zeiten fortschreitender Globalisierung. Den Hintergrund bildet die Aushöhlung staatlicher Autonomie und Souveränität, die in Extremfällen bis zur völligen Auflösung staatlicher Strukturen führen kann, während ihre Basis eine zunehmende Unterminierung des staatlichen Gewaltmonopols ist, in deren Folge es zu einer Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt kommt und paramilitärische Gruppierungen und Privatarmeen zunehmend das innerstaatliche Geschehen bestimmen. Dies hat den Charakter der Kriegsführung dahin gehend nachhaltig verändert, als sich die kriegerische Gewalt aktueller Konflikte in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richtet. Ihre Mittel sind nicht selten Massenmord, Zwangsumsiedlungen und Massenvertreibungen, ihre Folgen eine dramatische Zunahme der Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen.

Diese ‚Neuen Kriege‘ sind eingebettet in eine ‚globalisierte Kriegswirtschaft‘ (KALDOR), die die kriegerischen Auseinandersetzungen oft über Jahre hinweg am Laufen halten. Ins Blickfeld der Analyse tritt damit die Frage nach einer ‚Ökonomie der Gewalt‘ (RUF 2003). Die zumeist autonom und dezentral agierenden Kriegsparteien finanzieren sich zumeist durch Plünderungen und Schwarzmarktaktivitäten ebenso

wie durch den illegalen Handel mit Waffen, Drogen und wertvollen Rohstoffen. Damit sind die Kriegswirtschaften (RUFIN 1999) der neuen Kriege eng mit den Friedensökonomien des Weltmarktes verbunden. In der Analyse gewaltsamer Konflikte spielen ökonomische Aspekte eine noch eher untergeordnete Rolle, obwohl die bisher vorliegenden Untersuchungen (u.a. JEAN und RUFIN 1999) zeigen, dass ihre Kenntnis zum Verständnis der Hintergründe und des Verlaufs dieser Konflikte ganz erheblich beitragen kann.

Ein Blick auf den Konflikt in Aceh

Mit einem kurzen Blick auf einen der wohl ‚ältesten‘ Konflikte in Südostasien sollen im Folgenden einige der Strukturelemente ‚Neuer Kriege‘ aufgezeigt und ihre Einbettung in bestehende Konfliktkonstellationen diskutiert werden. In der Region reichen die Wurzeln des Konflikts um die indonesische Provinz Aceh wohl am weitesten in der Geschichte zurück. Zwar weist der Konflikt Übereinstimmungen mit einigen der zur Identifizierung von ‚Neuen Kriegen‘ entwickelten Kategorien auf. Ein wichtiges Merkmal ist etwa die hohe Zahl von Opfern vor allem unter der Zivilbevölkerung. Die Persistenz des Konfliktes und das wiederholte Aufflammen der kriegerischen Auseinandersetzung ist dabei auch eine Folge einer vielfältigen Untergrundökonomie, denn auf beiden Seiten des Konflikts lassen sich starke ökonomische Interessen aufzeigen, die den Fortgang der Gewalt bestimmen. Zugleich ist eine deutliche Fraktionierung der Konfliktparteien zu beobachten, die auf Seiten des indonesischen Staates die Legitimität von Militär und Regierung unterminiert und Aushandlungsprozesse zwischen den Parteien zusätzlich erschwert. Darüber hinaus handelt es sich hierbei vor allem um einen secessionistischen Konflikt, der nicht primär durch kulturelle, religiöse oder gar ideologische Differenzen zwischen den Konfliktparteien geprägt ist.

Es sind vor allem Interessenkonflikte um

ökonomische Ressourcen und politische Rechte, die die Auseinandersetzungen in Aceh dominieren. Im Zentrum stehen dabei die reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen vor der Küste der indonesischen Provinz, die bisher durch das staatliche Unternehmen *Pertamina* in Kooperation mit dem US-Unternehmen Mobil Oil ausgebeutet werden und deren Erträge vor allem in die Hauptstadt Jakarta und ins Ausland abfließen. Zugleich handelt es sich im Fall von Aceh aber auch um einen Konflikt um politische Selbstbestimmungsrechte und Autonomie, der weit in die Geschichte zurück reicht. Zwar hat sich das Verhältnis zwischen der Provinz und der Zentralregierung in Jakarta nach 1998 im Rahmen von Demokratisierung und Dezentralisierung wieder etwas entspannt, die Grundwidersprüche konnten von den wechselnden Regierungen seither aber nicht aufgelöst werden. Zudem besteht aufgrund langjähriger Menschenrechtsverletzungen vor allem auf Seiten der acehnesischen Bevölkerung ein tiefes Misstrauen gegenüber den zentralstaatlichen Lösungsansätzen. Hinzu kommt eine seither deutlich veränderte Rolle und Funktion des indonesischen Militärs, das sich in dem Konflikt nun neu zu positionieren versucht. Dabei darf auch hier nicht der Hinweis auf die divergierenden Interessen sowohl auf Seiten der GAM, als auch auf Seiten des indonesischen Militärs und den unterschiedlichen Ebenen der Regierung fehlen. Die Fragmentierung der acehnesischen Eliten wie der indonesischen Regierung begrenzt die Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktlösung.

Gewalt in Südostasien – Ein Forschungsausblick

Während sich die seit Ende der 1990er Jahre geführte sozialwissenschaftliche Debatte über ‚Neue Kriege‘ in der Hauptsache auf Beispiele aus Afrika oder dem ehemaligen Ostblock konzentriert, gibt es bisher noch kaum vergleichende Analysen zur Situation in Südostasien. Umso wichtiger erscheint es, die bisher zu einzelnen



Aufnahme: unbekannt

Indonesische Militärs in Aceh

Konflikttherden in der Region vorliegenden Untersuchungen stärker miteinander zu verknüpfen und einer systematischen Diskussion zugänglich zu machen. Ein von der Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA) herausgegebener Sammelband (Erscheinungsdatum: Herbst 2005 beim Horlemannverlag/Bad Honnef) greift diesen Aspekt auf und versammelt mit Beiträgen zu Aceh, Mindanao und Südthailand, aber auch Birma/Myanmar einige Beispiele, die das Wissen um strukturelle Bedingungen von Konflikten in der Region, ihre vielfältigen Ursachen und Charakteristika zu erweitern und vertiefen. Ziel ist es, das Phänomen gewaltsamer Konflikte im asiatisch-pazifischen Raum einer vergleichenden Diskussion über Ursachen und mögliche Lösungsansätze zugänglich zu machen. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob und in welchem Maße sich Konzepte ‚Neuer Kriege‘ auf diese Konflikte anwenden lassen, aber auch, welchen Beitrag das Verständnis der Konfliktstrukturen in Südostasien für eine Weiterentwicklung solcher Konzepte leisten kann.

Literatur:

JEAN, FRANCOISE/RUFIN, JEAN-CHRISTOPHE (Hg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg 1999.

KALDOR, MARY: *Neue und alte Kriege*. Edition Zweite Moderne. Frankfurt a.M. 2000.

RUF, WERNER (Hg.): *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*. Opladen 2003.

RUF, WERNER: *Einleitung: Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*. In: RUF (2003); S. 9-48.

RUFIN, JEAN-CHRISTOPHE: *Kriegswirtschaft in internen Konflikten*. In: JEAN RUFIN (1999); S. 15-46.

Dr. Rolf Jordan [rojordan@uni-kassel.de] ist Sozialwissenschaftler an der Universität Kassel und Projektkoordinator im Asienhaus, Essen.

Dr. Michael Waibel [mwaibel@gwdg.de] ist Wissenschaftlicher Assistent am Geographischen Institut der Universität Göttingen und beschäftigt sich seit Jahren mit Südostasien.

Pazifik Forum

Neuerscheinung

Waibel, M. / Thimm, T. / Kreisel, W. (HRSG.) (2005):
 Fragile Inselwelten - Tourismus, Umwelt und indigene Kulturen:
 (=Schriftenreihe PAZIFIK FORUM der Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.; Band 9, Horlemann Verlag. Bad Honnef 2005. ISBN 3-89502-204-7

Die Tsunami-Flutkatastrophe vom 26.12.2004 mit insgesamt fast 300.000 Toten hat deutlich gemacht wie fragil insbesondere Inseln sind. Aufgrund der großen Zahl internationaler Touristen in den Ferienparadiesen Süd- und Südostasiens hat noch keine andere Naturkatastrophe bislang so viele Opfer aus so vielen verschiedenen Kontinenten und Ländern gefordert. Ziel dieses Bandes ist es, Herausforderungen und Probleme des Inseltourismus vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit und der Partizipation indigener Kulturen darzustellen. Dabei ist den Herausgebern eine interdisziplinäre Betrachtungsweise überaus wichtig, was sich in unterschiedlichen akademischen Fachdisziplinen der Autoren niederschlägt. Neben Inseln der pazifischen Inselwelt wie Fiji, Französisch-Polynesien oder Rapa Nui finden sich in vorliegendem Band Untersuchungen über Inseln im Indischen Ozean wie den Malediven, den Seychellen oder den Nikobaren und Andamanen, des südchinesischen Meers, der Karibik sowie des Mittelmeers.



Mit Beiträgen von K. Vorlauffer, M. Domrös, U. Delius, T. Thimm, H. Karrasch, O. Hörstmeier, H. Faust & J. Winter, D. Lange, S. Schmitz, A. Zimmermann, Abby Lui & G. Wall, R. Aschemeier, T. Reeh & W. Kreisel

Pacific News - Hinweis

südostasien	zurück: philippinenforum bzw. südostasien informationen	südostasien
	2/03 Sexualität / Homosexualität	erscheint vierteljährlich im Umfang von 92 Seiten
	3/03 Gesundheit und Bevölkerung	Einzelpreis: 5 EURO (zzgl. Porto),
	4/03 Militär und Wirtschaft	Jahresabo: 20 Euro (40 Euro für Institutionen)
	1/04 ASEAN, ASEM und andere Bündnisse	erhältlich bei philippinenbüro oder
	2/04 Sport	Südostasien Informationsstelle im Asienhaus
3/04 Wahlen	Bullmannau 11, D-45327 Essen	
4/04 Kunst	Tel. (0201) 830 38-18, 24 Fax: (0201) 830 38-30	
1/05 Ethnopolitische Konflikte	E-Mail: soainfo@asienhaus.de	
2/05 Abfall/Müll in Südostasien	Konto: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) 30 30 24 91	
die nächste Ausgabe: Migration	www.asienhaus.de	

Impressum

Herausgeber der Pacific News:
 Arbeitsgemeinschaft für
 Pazifische Studien e.V. (APSA)
 in Zusammenarbeit mit der Abt. Kultur-
 u. Sozialgeographie am Geogr. Institut
 der Universität Göttingen
 Goldschmidtstr. 5 - D-37077 Göttingen

Internet: <http://www.pacific-news.de>
 Tel: +49-551-39.80.55
 Fax: +49-551-39.12.140
 Email: redaktion@pacific-news.de
 Auflage: 500 Ex.

Vorstand der APSA:
 Prof. Dr. W. Kreisel (wkreise@gwdg.de)
 Dr. M. Waibel (mwaibel@gwdg.de)
 Dr. P. Marsden (marsden@anglistik3.rwth-aachen.de)
 B. Jansen-Merx (birgit.jansen-merx@post.rwth-aachen.de)

Redaktion:
 Dr. Rolf Jordan
 Dr. Michael Waibel (V.i.S.d.P.)

Layout Printversion:
 D. Meilwes

Layout Webversion:
 M. Waibel

Photonachweis:
 W. Sperl (1/3)
 W. Gebhardt (2/11)
 R. Seib (13)
 J. Svoboda (2/18/20)
 M. Hoppe (3/21/22/25)
 M. Haider (16/17)
 A. Fleschenberg (29,31)

Redaktionsschluß für die
 nächste Ausgabe:

14.10.2005

Senden Sie Kommentare und kritische
 Stellungnahmen sowie Artikel an:

Rolf Jordan
 (rojordan@uni-kassel.de)

oder:

Michael Waibel
 (mwaibel@gwdg.de)

Die einzelnen Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der APSA wieder.

Leben und Schreiben unter Besatzern und Despoten Streifzüge durch die Geschichte Indonesiens und das Wirken seines bedeutendsten Erzählers Pramoedya Ananta Toer

Rainer Werning

Mit über 17.000 Inseln und etwa 220 Millionen Menschen ist Indonesien der flächenmäßig größte und bevölkerungsreichste Staat Südostasiens. Eine Vielzahl von Religionen, Ethnien und Sprachen, von Nationalismen, Regionalismen und ebenso zahlreiche konkurrierende Vorstellungen darüber, wie diese Vielfalt gewahrt werden kann, sind Ausdruck der bewegten Geschichte des Archipels im Schnittpunkt der alten Seehandelswege zwischen Arabien, Indien und China. Die Inseln waren stets offen für Einflüsse von außen. Buddhistisch geprägte Reiche wurden von hinduistischen Reichen abgelöst. Und seit etwa 1200 Jahren ist der Islam eine prägende Kraft in Indonesien. 87 Prozent der Bevölkerung gehören heute dieser Glaubensrichtung an.

Muslimische Händler aus Zentralasien und Indien siedelten sich zuerst in den Hafestädten Sumatras an, an dessen Nordspitze bereits um 1500 das Sultanat Aceh entstand. Im Verlauf des 15. Jahrhunderts formierten sich weitere Sultanate in Nordborneo, Südsulawesi und in den Molukken. Eine herausragende Stellung genoss das von den seefahrenden Buginesen und Makassaren gegründete muslimische Reich Malakka. Die Kontrolle des bereits damals strategischen Seeweges durch die Malakka-Straße bedeutete gleichzeitig Teilhabe am expandierenden Handel mit Ost-, Südost- und Südasien. Im Westen weckte das eigene Begehlichkeiten: Anfang des 16. Jahrhunderts erschienen zunächst Portugiesen, später Spanier und gründeten Niederlassungen und Missionsstationen. Die europäische Eroberung in großem Stil begann ab 1602, als die Holländer die „Vereinigte Ostindische Compagnie“ gründeten. Nach dem Bankrott der Compagnie 1799 organisierte die holländische Regierung direkt die koloniale Verwaltung von „Niederländisch-Indien“. Antikoloniale Revolten

wurden niedergeschlagen, 1911 entstand die erste antikoloniale Partei. Den Repressionen der Kolonialmacht trotzten die einheimischen Politiker unter der charismatischen Führung AHMED SUKARNOS. Sie verschafften Mitte der 20er Jahre mit der Gründung der Indonesischen Nationalpartei (PNI) der aufkeimenden Nationalbewegung gegen die holländische Herrschaft eine politische Plattform.

zu absolvieren. Während der japanischen Besatzung (1942-45), deren Beginn PRAM und seine Freunde begrüßten, arbeitete er bei der japanischen Nachrichtenagentur „Domei.“ Da er dort hauptsächlich als Stenograph eingesetzt wurde und keine Chance sah, einen eigenen Beitrag zur Befreiung zu leisten, schloss er sich zeitweilig einer paramilitärischen Untergrundorganisation an.



Aufnahme: unbekannt

Pramoedya Ananta Toer

Die Suche nach Einheit und der eigenständigen Gestaltung des Landes jenseits des Kolonialismus wurde zum alles beherrschenden Thema. In dieser Phase des politischen Umbruchs kam PRAMOEDYA ANANTA TOER am 6. Februar 1925 im zentraljavanischen Blora als ältestes Kind des Direktors einer nationalistischen Schule zur Welt. In Blora verbrachte „PRAM“, wie Freunde und Klassenkameraden ihn nennen, seine Kindheit. Dort absolvierte er auch in dem von seinem Vater geführten „Institut Boedi Oetomo“ die siebenjährige Grundschule. Die mütterliche Unterstützung verschaffte PRAM die Chance, in der Stadt Surabaya die Studien fortzusetzen und einen Radiolehrgang

Am 17. August 1945 erklärte Indonesien seine Unabhängigkeit. Die Niederlande versuchten das Ende ihrer Kolonialmacht mit Waffengewalt zu verhindern. Erst Ende 1949 verzichtete Den Haag auf die Herrschaft über Indonesien. In diese Zeit fiel PRAMS erste Verhaftung. Die Holländer sperrten den Rebellen von Juli 1947 bis Dezember 1949 hinter Gittern. Die Zeit der Gefangenschaft nutzte PRAM zum Schreiben. Es entstanden Artikel und Zeitschriftenbeiträge sowie ein erstes Buch, das den Widerstand gegen die japanische Okkupation thematisierte. SUKARNO avancierte zum gefeierten Staatspräsidenten der 16 föderierten „Vereinigten Staaten von Indonesien“, die jedoch

schon 1950 aufgelöst wurden und einer zentralistischen „Republik Indonesien“ wichen. Mit der endgültig erlangten Unabhängigkeit verband PRAM die große Hoffnung, als freier Mensch in einem freien Land eine Karriere als politischer Publizist und Schriftsteller zu beginnen. Schließlich schien SUKARNO als anerkannter Antikolonialist nunmehr als volksnaher Staatspräsident Indonesiens der beste Garant für ein würdevolles Leben zu sein.

1955 war Indonesien, nicht zuletzt wegen seiner antiimperialistischen Rolle, Gastgeber der Konferenz von Bandung und damit Initiator der Bewegung der Blockfreien, die jüngst ihr 50-jähriges Bestehen feierte. Die Staats- und Regierungschefs von 29 asiatischen und afrikanischen Ländern hatten sich im April 1955 in der indonesischen Stadt Bandung zusammengefunden, um im eskalierenden Kalten Krieg – das Ende des Koreakrieges lag gerade mal zwei Jahre zurück – jenseits der West-Ost-Blockkonfrontation für einen unabhängigen Nationalismus und gegen jede Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung zu kämpfen. Nach der Bandung-Konferenz wurde PRAMOEDYA nationaler Vorsitzender der Conference of Afro-Asian Writers und Ko-Herausgeber und Berater des in Prag erscheinenden Journals „Orient“.

Für PRAMOEDYA ANANTA TOER waren die Jahre von 1950 bis 1965 eine außerordentlich schaffensreiche Phase. Er avancierte zu einem landesweit geachteten Autor. Der politisch engagierte Schriftsteller wurde leitendes Mitglied der *Lekra*, des Instituts für Volkskultur, das maßgeblich die nationalistischen Ideen der Revolution von 1945 beförderte. PRAM betreute die Herausgabe von *Lentera* (Die Laterne), der wöchentlichen Kulturbeilage der linken Zeitung *Bintang Timur* (Östlicher Stern). Darüber hinaus lehrte er indonesische Sprache und Literatur an der von einer chinesisch-indonesischen Organisation gegründeten University of Res Publica und außerdem Journalismus an der Dr. Abdul Rivai Academy for Journalism in der Hauptstadt Jakarta. Zwischenzeitlich übersetzte er JOHN STEINBECKS „Von Mäusen und Menschen“ und MAXIM GORKYS „Mutter“ ins Indonesische – Autoren,

über die PRAMOEDYA selbst sagt, ersterer habe ihn wegen der Plastizität seines Stils beeindruckt und letzterer ihn die Bedeutung sozialer Einflüsse gelehrt. Mit Gleichgesinnten schuf PRAM schließlich die Multatuli-Literaturakademie zu Ehren des von ihnen verehrten holländischen Autors EDUARD DOUWES DEKKER alias MULTATULI, der in seinem Stück „Max Havelaar“ bereits 1860 den holländischen Kolonialismus geißelte. PRAMOEDYA hegte tiefe Bewunderung für den Humanisten MULTATULI. Noch heute zitiert er gern dessen Kernsatz: „Die Bestimmung menschlicher Wesen ist es, menschlich zu sein.“ So sehr PRAMOEDYA SUKARNO anfänglich bewunderte, so sehr irritierte ihn zunehmend sein autokratischer Regierungsstil. 1959/60 verbot ein Präsidialdekret chinesisch stämmigen Indonesiern, außerhalb der Städte Handel zu treiben. Proteste dagegen und gegen die Diskriminierung dieser ethnischen Minderheit trugen PRAM die zweite Gefängnisstrafe ein. Ebenfalls im Jahre 1959 löste SUKARNO das parlamentarische System durch die „Gelenkte Demokratie“ ab und vertrat in der Folgezeit eine widersprüchliche Politik, die in erster Linie von wachsenden innenpolitischen Krisen ablenken sollte. Mal hofierte er die nach der KP Chinas und der KPdSU weltweit drittgrößte kommunistische Partei, die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI). Dann wiederum grenzte er sich von ihr ab und setzte auf das Militär, um mit dessen Hilfe zentrifugale Tendenzen in dem Einheitsstaat zu unterbinden. Das gelang zwar – doch um den Preis wachsender Machtfülle des Militärs. Unter dem Vorwand, eine Machtübernahme der PKI zu vereiteln, putschten sich denn auch Offiziere Anfang Oktober 1965 an die Macht. In den Monaten danach wurde in Indonesien etwa eine Million Menschen – bezichtigt als „Subversive“ oder „Sympathisanten der PKI“ – getötet. Komplizen der Militärdiktatur waren die Regierungen der USA und Großbritanniens. US-Agenten, so ist beispielsweise deklassifizierten Dokumenten des US-State Department aus jener Zeit zu entnehmen, hatten den neuen Machthabern Todeslisten geliefert und dann akribisch jeweils die Namen der „Liquidierten“

durchgestrichen.¹ Bis heute wirken diese systematischen Massaker an Zivilisten traumatisch nach. Der Kommandeur der Eliteeinheit Kostrad, General SUHARTO, war der neue starke Mann in Jakarta. Alles, was sich ihm, seiner Soldateska und ihrer so genannten „Neuen Ordnung“ in den Weg stellte, wurde gnadenlos bekämpft oder physisch liquidiert.²

Geschätzt wurde die bis Mai 1998 währende „Neue Ordnung“ im Westen, der seine Sicherheitsinteressen in Südostasien auf die Diktatur Suhartos stützte und in Indonesien den größten und lukrativsten Markt in der Region sah. Kritiklos und ungestraft konnte Jakarta Ende der 60er Jahre Irian Jaya (Westpapua) und 1975/76 die einstige portugiesische Kolonie Osttimor völkerrechtswidrig annectieren und dort ein Terrorregime errichten. Gedeckt wurde auch diese Politik von höchster Stelle: US-Präsident GERALD FORD und sein Außenminister HENRY KISSINGER weilten kurz vor dem Einmarsch indonesischer Truppen nach Osttimor in Jakarta und waren in SUHARTOS Invasionspläne eingeweiht. KISSINGER hatte lediglich darauf bestanden, mit der Invasion so lange zu warten, bis sein Präsident und er nach Washington zurückgekehrt seien.³

Einer Gerölllawine gleich riss die „Neue Ordnung“ alles in den Abgrund, was Kritik und Dissens wagte. Tatsächliche oder vermeintliche Regimegegner „verschwanden“, kritischen Intellektuellen, oppositionellen Gewerkschaftern, Journalisten und Schriftstellern – darunter PRAMOEDYA ANANTA TOER – wurden im mildesten Falle durch Schreib-, Rede- und Versammlungsverbot der Maulkorb verpasst. PRAMOEDYA selbst wurde bereits im Oktober 1965 aufgegriffen und zum dritten Mal inhaftiert. Seine Schriften wurden verboten, seine Bibliothek beschlagnahmt, unveröffentlichte Texte und persönliche Unterlagen konfisziert, zerstört oder gingen verloren. Bis 1979 dauerte PRAMS Haftzeit, darunter von August 1969 bis November 1979 auf der Gefangeneninsel Buru. Dort waren Tausende von politischen Gefangenen gezwungen, auf sich allein gestellt das eigene Überleben zu sichern: Karges Land musste urbar gemacht, Felder mussten angelegt und gerodet werden, um sich mit

Nahrungsmitteln zu versorgen.

In der Gefangenschaft auf Buru entstand PRAMOEDYAS bedeutendstes Werk, die Tetralogie „Bücher der Insel Buru“. Die allgegenwärtige Repression veranlasste PRAM, die Handlung dieser Romane um 1900 zu verlegen. Sein Thema ist die koloniale Unterdrückung durch die Holländer. Anhand des Hauptprotagonisten, des javanischen Adligen MINKE, entfaltet PRAM im Zeitraffer die Geschichte Indonesiens. Als einer der wenigen Einheimischen (pribumi) genießt Minke das Privileg, eine holländische Oberschule zu besuchen und dort die Sprache der Kolonialherren zu lernen. Seine unbequeme Zwischenstellung erfährt MINKE durch die Bekanntschaft mit der Konkubine ONTOSOROH, deren Tochter ANNELIES er liebt. ONTOSOROH ist eine Einheimische, die an einen Europäer verschachert wurde, bar jeder persönlichen Rechte und sozialer Wertschätzung ist, aber gebildet, gewandt und geschäftstüchtig. PRAM präsentiert sie als bewundernswürdige, Mut einflößende Frau, die neben ihrem holländischen Mann TUAN MELLEMA zielstrebig ihren eigenen Weg geht. Doch sie ist letztlich ein Opfer der erbarmungslosen Gesetze der Weißen. Deren koloniales Recht geht vor Traditionen. Und zwar so weit, dass ONTOSOROH auch keine Mitsprache über den Lebensweg ihrer Tochter hat. ANNELIES nämlich wird gegen ihren Willen gezwungen, bis zu ihrer Volljährigkeit in Europa zu leben, wo sie auch stirbt. MINKE schließt die Schule mit guten Noten ab und arbeitet als Journalist. Da sein Holländisch exzellent ist, werfen Freunde ihm vor, er schreibe nicht in der Sprache der Einheimischen und kenne sein eigenes Volk nicht. MINKES Dilemma ist der Zwiespalt, trotz hoher Bildung die dunkle Hautfarbe nicht verleugnen zu können. So sehr er sich auch müht, in Duktus und Diktion zur Herrenrasse zu gehören, so sehr bleibt er in doppeltem Sinne außen vor: Die Herren wollen ihn nicht, und er mag sein Volk nicht. Rückschläge in seinem Beruf – selbst eine gute Geschichte wird abgeschmettert, weil sie zu ehrlich und offen die realen, eben kolonialen, Verhältnisse skizziert – und das Schicksal derjenigen, die Minke umgeben, lassen

ihn mehr und mehr über seine eigene Lage reflektieren. In den letzten beiden Bänden der Buru-Tetralogie finden wir MINKE in der Großstadt (Jakarta), wo er seine Identität in politischem Engagement findet. Er wird verfolgt und schließlich ins Exil getrieben. Noch stehen genügend Landsleute bereit, die Herrschaft der Kolonialmacht zu stützen.

Leitmotivisch durchzieht PRAMS Schriften die Auseinandersetzung der einheimischen mit der europäischen Kultur und damit die Schärfung nationalen, historischen und sozialen Bewusstseins. Immer wieder geht es um die Sprache als Instrument von Herrschaft und Medium des Widerstands. Subtil arbeitet die Buru-Tetralogie mit den Techniken der Montage. Ihr Autor kon-

politisch-humanistischen Diskurs.

1979 konnte PRAM aus Buru zurückkehren. Doch er wurde unter Stadtarrest gestellt – knapp 20 Jahre lang. Seiner Bürgerrechte beraubt, musste er sich regelmäßig bei der Polizei melden. Ein Jahr später erschienen mit „Garten der Menschheit“ und „Kind aller Völker“ die ersten beiden Bände der Buru-Tetralogie. Auf Anhieb wurden sie Bestseller, und ein Stachel im fetten Wanst staatlicher Schnüffler und Kommissköpfe. Die Zensoren des SUHARTO-Regimes belegten die Werke kurzerhand mit dem Bannfluch des „Marxismus, Leninismus und des Kommunismus“ und verboten sie wegen ihres „subversiven“ Gehalts. Selbst Personen, die PRAMS Bücher nur besaßen, wurde kurzer Prozess gemacht und etliche

Werkverzeichnis

Die Werke von PRAMOEDYA ANANTA TOER sind in fast 40 Sprachen übersetzt. Auf Deutsch liegen von ihm vor:

Spiel mit dem Leben. Roman. Aus dem Indonesischen von DORIS JEDAMSKI und THOMAS RIEGER. Rowohlt TB, Reinbek 1990, 204 Seiten (vergriffen)

Buru-Tetralogie / Bücher der Insel Buru:

Garten der Menschheit (Bumi Manusia). Roman, Bd. 1. Aus dem Indonesischen von BRIGITTE SCHNEEBELI. Express Edition, Berlin 1984 und Rowohlt TB, Reinbek 1987 (beide vergriffen), 2. Aufl., rororo Taschenbuch 1990, 380 Seiten

Kind aller Völker (Anak Semua Bangsa). Roman. Aus dem Indonesischen von BRIGITTE SCHNEEBELI. Strom Verlag, Luzern 1990, 395 Seiten

Spur der Schritte (Jejak Langkah). Roman. Aus dem Indonesischen von GIOK HLANG-GORNIK. Horlemann Verlag, Bad Honnef/Unkel 1998, 436 Seiten. (Erschien im Herbst 2002 als TB im Unionsverlag, Zürich.)

Haus aus Glas (Rumah Kaca). Roman. Aus dem Indonesischen von GIOK HLANG GORNIK. Horlemann Verlag, Bad Honnef/Unkel 2003, 429 Seiten. (In engl. Übersetzung von MAX LANE haben die australische Sektion von Penguin Pocket und der New Yorker Verlag William Morrow den Roman 1992 beziehungsweise 1996 unter dem Titel „House of Glass“ veröffentlicht, 342 Seiten.)

Weitere Titel veröffentlichte der Horlemann Verlag (D-Bad Honnef/Unkel) in der Übersetzung von DIETHELM HOFSTRA:

Stilles Lied eines Stummen. Aufzeichnungen aus Buru, 2000, 343 Seiten, € 10,20

Die Familie der Partisanen, 1997, 319 Seiten, € 22,50

Die Braut des Bendero, 2001 (Copyright 1995), 262 Seiten, € 14,90

Mensch für Mensch, 1993, 153 Seiten (vergriffen)

frontiert seine LeserInnen mit komplexen Figuren, die auf vielfältige Weise ihr Leben meistern. Die leise, unaufdringliche und lebensbejahende Botschaft: Bediene dich deines Verstandes und schärfe dein Erinnerungsvermögen, um die Verhältnisse zu verstehen und zu verändern. In diesem Sinne spiegelt PRAMOEDYAS Werk facettenreich die Probleme, nachkoloniales, selbstbestimmtes Bewusstsein und Handeln zu begründen. Zumindest eine geistige Verwandtschaft zu PETER WEISS' „Die Ästhetik des Widerstands“ ist nicht von der Hand zu weisen. Schließlich geht es um den Entwurf einer Ästhetik des antikolonialen Kampfes und den vitalen

landeten hinter Gittern. Dennoch blieb PRAM der meistgelesene zeitgenössische Autor des Landes. Massenhaft wurden seine Schriften hektographiert und unter der Hand weiter gereicht. Genauso verhielt es sich 1985 und 1988 mit den beiden abschließenden Teilen der Buru-Tetralogie, „Spur der Schritte“ und das „Glashaus“: Unmittelbar nach deren Publikation erfolgte das Verbot. Diesmal witterten die staatlichen Inquisitoren eine Kritik an den lebenden Machthabern. Im „Glashaus“ nämlich wird Minke durch einen Erzähler ersetzt, der gleichzeitig Polizeikommissar ist. Was als Autobiographie des indonesischen Nationalismus begann, wird zu

einer unabgeschlossenen Geschichte des Übergangs Indonesiens von einem kolonialen zum postkolonialen Staat.

1988 erhielt PRAMOEDYA den PEN Freedom-to-Write Award. 1995 folgten der Wertheim Award aus den Niederlanden und der in Südostasien renommierte philippinische Magsaysay Award for Journalism, Literature and Creative Communication Arts. Weitere Auszeichnungen folgten. Seit 1981 wird PRAMOEDYA als

Anwärter auf den Literaturnobelpreis nominiert. Mittlerweile ist sein Werk in seiner Heimat wieder frei zugänglich, und der Autor hat gegenwärtig keine staatliche Willkür zu fürchten.

Anmerkungen

¹ U.S. Department of State, *Foreign Relations of the United States, 1964-68, Volume XXVI: Indonesia, Malaysia-Singapore, Philippines, etc.*: S. 1-576; veröffentlicht am 27. Juli 2001 vom

National Security Archive der George Washington University, Washington, D.C.

² Philippe Gavi, *Konterrevolution in Indonesien, Ffm. 1969* & Rainer Werning, *Indonesien 1965 - 1985: Lange Schatten des Terrors, Münster 1985*

³ *East Timor Revisited – Ford, Kissinger and the Indonesian Invasion, 1975-76. Ford and Kissinger Gave Green Light to Indonesia's Invasion of East Timor, 1975: New Documents Detail Conversations with Subarto, National Security Archive Electronic Briefing Book No. 62, edited by William Burr & Michael L. Evans, George Washington University, Washington, D.C., veröffentlicht am 06. Dezember 2001.*

Rainer Werning [pilimanok@aol.com] ist Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien.

Keine Landrechte und keine Sicherung von sozialen Systemen in Kambodscha

Wilfried Gebhardt

Mehr als 20 Jahre Bürgerkrieg haben Kambodscha nicht nur wirtschaftlich ruiniert, sondern haben in dem Land auch zu einer tiefgreifenden politischen Polarisierung der Gesellschaft geführt. Die Zerstörung aller gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen in der Zeit des Pol Pot Regimes führten nicht nur zu einem dramatischen Werteverfall, sondern auch dazu, daß die Landrechtsfrage bislang ungeklärt geblieben ist.

Soziales Konfliktpotential

Nach wie vor hat die kambodschanische Gesellschaft schwer an den Folgen des 20jährigen Bürgerkrieges zu tragen. Die Wunden der Konflikte liegen noch offen; die Nachbarn von heute waren oftmals Gegner im Konflikt von gestern. Der einfache Bauer von nebenan war möglicherweise verantwortlich für den gewaltsamen Tod von Familienangehörigen im gleichen Dorf.

Krieg und Diktaturherrschaft haben über die Jahre hinweg zu einer Verrohung geführt, in deren Folge sich Gewalt als normatives Mittel zur Durchsetzung von Interessen und zur Austragung von Konflikten etablierte. Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten werden nicht erörtert oder ausdiskutiert, sondern auf der Basis des Rechts des Stärkeren „gelöst“, sei es auf politischer Ebene, in gesellschaftlichen Sphären, in der Familie oder auch nur im Straßenverkehr. Gerade

die sozial Schwachen leiden unter Machtmissbrauch, Korruption und Willkür örtlicher wie zentraler Behörden, wenn es um die Einforderung ihrer rechtmäßigen Interessen geht, was wiederum zu einer weiteren Diskriminierung der benachteiligten Gruppen innerhalb der Gesellschaft führt.

Landkonflikte - historischer Abriss

Gravierende Spannungen ergeben sich auch aus der in den 70er und 80er Jahren betriebenen Eigentumspolitik. Dabei wurde jeglicher privater Grundbesitz verstaatlicht und konnte nur über Genossenschaften (bzw. ab 1979 von sogenannten Solidaritätsproduktionsgruppen) bewirtschaftet werden. Während der vietnamesischen Besatzungszeit wurde die Idee des staatlichen Grundeigentums und der kollektiven Nutzung weiter verfolgt. Ab Mitte der 80er Jahre setzte jedoch ein politisch zwar nicht gewollter, aber letztlich

nicht zu stoppender Trend von unten ein, bei dem das den Solidaritätsgruppen zur Bearbeitung zugeteilte Land inoffiziell unter den beteiligten Familien aufgeteilt wurde und in deren Gewohnheitsbesitz überging. Rechtliche Grundlagen gab es dafür jedoch nicht. Zum Teil handelte es sich um alten Besitz von vor 1975, zum Teil aber auch um neu besetztes Land.

1989 wurde von der politischen Führung das Scheitern der Kollektivierung eingestanden. Mit weitreichenden Verfassungsänderungen sowie der Abkehr von der sozialistischen Planwirtschaft wurde der Boden offiziell für den Privatbesitz freigegeben. Diese Zulassung von Privateigentum an Boden sanktionierte im Wesentlichen die bereits durch die zuvor inoffizielle Aufteilung entstandenen Besitzverhältnisse. Doch mit der offiziellen Auflösung der Solidaritätsgruppen kam es regional auch zu völligen Neuaufteilungen, so dass hier nicht von einem einheitlichen

staatlich regulierten Prozess gesprochen werden kann. Unter Berücksichtigung lokaler Eigenheiten und dem Engagement der jeweiligen örtlichen Behörden wurde Land zum Teil offiziell an Alteigentümer von vor 1975 zurückgegeben. Allerdings bestand kein Rechtsanspruch. In anderen Fällen wurde Land nach sozialer – mitunter recht willkürlich festgelegter – Bedürftigkeit vergeben, manchmal wurde ausgelost, oder bestimmte Grundstücke verblieben angeblich in öffentlichem Eigentum, landeten aber später in den Händen von Funktionären. Da 1989 auch wieder der Kauf und Verkauf von Land gesetzlich erlaubt wurde, setzte ein reger Handel mit Grundstücken ein, obwohl häufig noch gar nicht genau der tatsächliche Eigentümer bestimmt war. Grundbücher und Kataster waren während der Roten Khmer Herrschaft komplett zerstört worden.

Die Landfrage in der Gegenwart

Seit Anfang der 90er Jahre wurde in Kambodscha damit begonnen, alle Ansprüche der Bürger auf Landbesitz amtlich zu erfassen, doch geht die punktuelle Parzellenregistrierung und Landtitelvergabe nur sehr schleppend voran. 1997 gab es immer noch rund vier Millionen unerledigte Anträge. Insbesondere arme Bauern können sich keinen Landtitel „kaufen“, weil sie die geforderten „Beschleunigungsgelder“ für den administrativen Vorgang nicht aufbringen können. Zum anderen gehört es inzwischen bis in die höchsten Kreisen zur ungenierten Normalität, sich durch Gewalt oder indirekt mit Korruption individuelles Land-„Recht“ zu schaffen. Ebenso hat Landraub im großen Stil vor allem in weit von der Hauptstadt entfernten Gegenden, zugenommen. Im Nordosten des Landes umherziehende Bergvölker, die jahreszeitlich oder aus ökologischen Gründen bedingt ihre Anbaugelände nach historischem Rhythmus wechseln, werden beispielsweise bei der Vergabe von großflächigen Plantagen-Konzessionen an ausländische Investoren von der Regierung regelrecht übergeben.

Obwohl seit 1989 wieder offiziell Privateigentum an Grund und Boden zugelassen und verfassungsrechtlich geschützt ist, sind bis heute immer noch weniger



Aufnahme: Wilfried Gebhardt 2002

Bombenfund im Mekong: Noch immer sind Teile der Landesfläche vermint

als 15 Prozent des privaten Landbesitzes offiziell registriert.

Das Katasterwesen, das 1975 total zerstört worden war, ist bislang nur rudimentär entwickelt. Es gibt nach wie vor keine Verfahren nach rechtsstaatlichen Prinzipien, die zur Klärung der Rechtsverhältnisse an Grund und Boden beitragen sowie generell den Zugang zu Landbesitz regeln.

Der Bedarf an rechtsgültigen Eigentumsnachweisen ist jedoch enorm. Denn rund 80 Prozent der Bevölkerung lebt auf dem Land, mindestens 75 Prozent lebt direkt von der landwirtschaftlichen Tätigkeit.

Infolge der unsicheren Rechtslage sowie der mangelhaften Kapazitäten in der Landregistrierung und im Landmanagement greifen in wachsendem Maße Land Spekulationen, illegale Landnahme und unkontrollierte Veräußerung von öffentlichem Land um sich. Das führte zu einer rasant ansteigenden Zahl von Landkonflikten. Dies schließt ebenso erst jüngst entmintes Land ein, das häufig über die Köpfe derjenigen hinweg verkauft wird, für die es eigentlich bestimmt war.

Jede dreißigste Familie ist in Landdispute verwickelt, häufig mit Militärs und höheren staatlichen Funktionsträgern, die sich durch Gewalt oder mit finanziellen Mitteln ihr individuelles „Landrecht“ schaffen. Fast 80 Prozent der bei Gericht anhängigen Verfahren beschäftigen sich mit Landkonflikten, doch sind die Behörden auf lokaler Ebene kaum imstande bzw.

willens, derartige Streitfälle sachlich zu klären, da die administrativen Grundlagen sehr lückenhaft sind.

In der Folge ist ein dramatischer Anstieg von gewaltsamen Auseinandersetzungen um Grundstücke zu verzeichnen, in denen selbst vor Waffengebrauch nicht zurückgeschreckt wird. Dies gefährdet nicht nur akut die Stärkung von Friedenspotentialen in dem Land, sondern behindert ebenso die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und anderen internationalen Organisationen, die sich um die Reintegration von Flüchtlingen und demobilisierten Soldaten sowie einer damit verbundenen Landübergabe bemühen.

Es gibt keine Entwicklungspläne auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen. Die Planungsbehörden verfügen über keine praktischen Erfahrungen zum Aufstellen von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen für die Landnutzung. Daher gibt es bisher kaum rechtsstaatliche Verfahren, die zur Klärung der Rechtsverhältnisse an Grund und Boden beitragen sowie generell den Zugang zu Land regeln.

Initiativen von NGOs

Schon zu Zeiten der UNTAC anfang der 90er Jahre gab es zahlreiche Arbeitsansätze in Kambodscha, die die Landrechtsfrage durch Versöhnung, Dialog, gewaltfreier Auseinandersetzung und der Stärkung lokaler Friedenspotentialen klären wollten.

Andere Gruppen gründeten sich erst in den letzten drei bis vier Jahren. Zahlreiche NGOs befassen sich auf verschiedenen Ebenen mit *land issues*. Relativ grossen Einfluss hatte in der Vergangenheit das Forum zu Landfragen, bestehend aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen – mit massgeblichem Einfluss durch das von Oxfam/Grossbritannien finanzierte *Land Study Project* – bei gesetzlichen und politischen Fragestellungen in diesem Sektor.

Es besteht eine überraschend hohe Bereitschaft unter den NGOs, eng mit Regierungseinrichtungen zusammenzuarbeiten. Aktionen werden mit diesen Einrichtungen abgestimmt, Dialogveranstaltungen gemeinsam geplant und durchgeführt und es werden Fortbildungsmaßnahmen für Behördenmitarbeiter angeboten. Ein enger Informations- und Erfahrungsaustausch zu relevanten nationalen und auch internationalen NGOs ist aufgebaut und soll weiter gefördert werden.

Durch jahrelange, zum Teil sehr leidvolle Erfahrungen unter der Terrorherrschaft in der Vergangenheit findet man in der Arbeit der nichtstaatlichen Einrichtungen und Institutionen Kambodschas einen hohen Grad an Authentizität und auch Integrität. Über Kontakte mit ausländischen Partnern und durch Fortbildungskurse gibt es bei den größeren Organisationen bereits eine beträchtliche Wissens- und Erfahrungsbasis zu Themen des Landrechts und den damit verbundenen Problematiken.

Deutliche Schwächen zeigen sich im Mittelbau des Personals in den kleineren, aber auch den größeren NGOs. Einige der größeren Organisationen haben in den vergangenen Jahren Mitarbeiter zur Qualifizierung nach Europa und den USA geschickt (Universitätsabschluss). Bei der Konzipierung, der Planung, dem Monitoring und dem Management von Programmen gibt es trotzdem noch erhebliche Defizite.

Buddhistische Klöster nehmen eine sehr zurückhaltende Rolle zu Landrechtsfragen in Kambodscha ein. Diese Tatsache wird

mit der Ernennung der Vorsteher der Pagoden (Klöster) durch den Staat, dem *Ministry for Cult and Religion* begründet.

Fazit

Es gibt bisher kaum Verfahren nach rechtsstaatlichen Prinzipien, die zur Klärung der Rechtsverhältnisse an Grund und Boden beitragen sowie generell den Zugang zu Land regeln. Das Interesse der Landbevölkerung an einer Klärung und Sicherung von Landrechten ist angesichts der rasant ansteigenden Zahl von zum Teil gewaltsamen Streitigkeiten, die sich in der Hauptsache auf illegaler Landnahme beziehen, naturgemäß gegeben. Diese Zunahme von Landkonflikten bremst nicht nur die soziale und ökonomische Entwicklung, sondern führt zu sozialem Unfrieden, Demonstrationen und gefährdet damit letztlich die nachhaltige Friedenssicherung.

Neben erst in jüngster Vergangenheit von Minen befreitem Land und den noch heute zurückkehrenden Flüchtlingen, sorgt der enorme Bevölkerungsdruck im ländlichen Raum für die immer knapper werdende Ressource Grund und Boden und damit für die Verschärfung von Landkonflikten. In dem von der Agrarwirtschaft geprägten Königreich ist der Zugang zu Land von existentieller Bedeutung, zumal alternative Beschäftigungsmöglichkeiten kaum vorhanden sind. Die durch langjährigen Anbau erworbenen Rechtsansprüche an Land sind so gut wie nicht geschützt. Mit der vermeintlich politischen und wirtschaftlichen Stabilität entwickelt sich in starkem Masse ein Bodenmarkt, der nur die einflussreichen Eliten, darunter auch die Militärs, in Kambodscha begünstigt. Eine sozial und ökologisch ausgewogene Landreform ist noch in weiter Ferne, große Teile der marginalisierten Gruppen haben keine Lobby, sie werden eher von der aufstrebenden Mittelschicht und den Machthabern verachtet. Die langfristigen Folgen sind dramatisch, da die Ressource Boden ein immer knapper werdendes und nicht vermehrbares Gut

ist. Die einseitige Entwicklung und die nur auf ökonomische Interessen ausgerichtete Landverteilung werden kaum reversibel sein und daher zum Einen im konflikt-gewohnten Kambodscha erneute Unruhen bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen und zum Anderen zur völligen Verarmung großer Bevölkerungsschichten führen.

Landreform – Agenda: Beurteilung und Empfehlung

Entwicklungspläne auf allen räumlichen Ebenen gibt es praktisch nicht oder sind noch nicht im Detail formuliert. Die Planungsbehoerden haben kaum Erfahrung zum Aufstellen von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen oder einem Masterplan für die Landnutzung.

Die Nachwirkungen des POL POT-Regimes und des anschließenden Bürgerkriegs, ein Mangel an gut ausgebildeten und motivierten einheimischen Fachkräften und die Armut der ländlichen Bevölkerung, sind überall zu sehen. Die Unterstützung von lokalen Partnern im komplexen Bereich Landmanagement durch unabhängige internationale Berater ist nicht nur sinnvoll, sondern absolut notwendig.

Künftige Massnahmen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) müssen darauf ausgerichtet sein, die institutionellen Kapazitäten aufzubauen. Nur das Planungsministerium der kambodschanischen Regierung ist die legitimierte Instanz bei der Festschreibung von Landrechten. Laut Gesetz, bzw. Gesetzesentwürfen sind die Bildung von Komitees auf unterschiedlichen Ebenen unter Einbindung lokaler Autoritäten vorgesehen, die zur Klärung von Landkonflikten beitragen sollen. Da diese Instanzen und Verfahren erst seit kurzem und folglich noch nicht etabliert sein können, ist es ein Anliegen der internationalen Kooperation und auch zahlreicher NGOs, auf transparente, rechtsstaatliche Prozesse hinzuwirken. Davon wird maßgeblich die Akzeptanz der Arbeit aller Beteiligten durch die verarmte Landbevölkerung sowie den marginalisierten Gruppen abhängen.

Wilfried Gebhardt [Gebhardt@cdc.de] ist Geograph und hat über acht Jahre als Experte für die Ländliche Regionalentwicklung in den Philippinen, Kambodscha, Indien, Sri Lanka und Tanzania gearbeitet. Gegenwärtig ist er bei den Carl Duisberg Centren (www.cdc.de) beschäftigt.

Papua Niugini

Wantoks und Reeboks

Günter Spreitzhofer

„Stapl!“ Kurz vor Sonnenuntergang war die brandneue Staubpiste durch die Prinz Alexander Berge hinter Maprik menschenleer gewesen – so schien es jedenfalls. Angesichts der zwölf wild entschlossenen Männer, die den vollbesetzten Truck namens *Erlibert Wan* (Earlybird One) mit Buschmessern, Steinschleudern und gefällten Bäumchen gestoppt hatten, kam die ausgelassene Stimmung an Bord aber rasch zum Erliegen. Die Wegelagerer wollten diesmal zumindest nur eine Geisel: das Fahrzeug, das in den nächsten Tagen für viel Geld ausgelöst werden sollte. Einer ihrer Missionare war von einem Trupp aus dem Dorf des Fahrzeugbesitzers verprügelt worden, also hatte man sich auf die Suche nach *Payback*, nach Kompensation, begeben. „*Yu go*“, geht zu Fuß weiter, aber dalli. *Tenkyu tru*, besten Dank. Doch nicht alle Überfälle in PNG enden derart glimpflich. „Fahren Sie besser nicht zu den Porgera-Minen, zu viele Rascals (Räuber) dort“, rät auch JOSEPH BUKA, honoriger Polizeichef der Western Highland Provinz, am abendlichen Kaminfeuer im Missionary Home von Mount Hagen, gleich neben dem österreichischen ÖED-Büro. „Wir haben nicht alles im Griff.“

Business as usual am Äquator, doch es war schon schlimmer. Wahlen sind Qualen für alle und gehen ohne Blutvergießen selten ab: Die letzten Parlamentswahlen 2002 waren chaotisch wie immer und eskalieren vor allem in den Highlands entlang der Bismarck Berge. Hunderte verloren das Leben, bevor Alt-Regierungschef MICHAEL SOMARE seine National Alliance Party zur stimmenstärksten Partei machen konnte – mit bloß 19 von 93 Sitzen nicht gerade ein stabiler Pakt mit einem koalitionsären Sammelsurium aus Klein- und Kleinstparteien. Immer noch ist PNG, die gängige Bezeichnung für Papua, eine parlamentarische Monarchie und seit 1975, nach der Unabhängigkeit von Australien,

Mitglied im Commonwealth of Nations. Königin ELISABETH II ist eigentlich das Staatsoberhaupt, seit 1997 vertreten durch Generalgouverneur Sir SILAS ATOPARE. Die Außengrenzen des Archipelstaates sind umstritten – kein Wunder, dass sich HEROLD KEKE, Warlord vom Nachbarland Solomonen, im Sommer 2003 mit seinen Rebellen auf die südliche Papua-

Insel Bougainville absetzte und dort ein geruhames Leben führte, bis ihn australische Eingreiftruppen fassen konnten. Der zehnjährige Bürgerkrieg dort, hart an der Grenze zu den Solomonen, ist zwar seit 2001 offiziell beendet, doch den Separatisten vor Ort sind die Auflagen aus Port Moresby weiterhin herzlich egal. So rief man in PNG wieder einmal nach



Hochlandkrieger während einer Cultural Show in Goroka 1999

Aufnahme: Roland Seib 1999

australischer Hilfe, die derzeit offiziell als Kooperationsprogramm anläuft: 300 Fachleute für Finanzen, Grenzsicherheit, Transport und Justiz sollen seit Dezember des Vorjahres neben der heimischen Wirtschaft auch Law & Order verbessern, gleichzeitig wird eine australische Spezialeinheit von 20 Mann nach Bougainville eingeschleust. „Es gibt keine akute Krise, doch eine langsame und stetige Verschlechterung in allen Belangen des täglichen Lebens“, konstatierte das Australian Strategic Policy Institute (ASPI) kürzlich: Dabei flossen seit der Unabhängigkeit vor 30 Jahren alleine von Australien über 15 Mrd. US-\$ in die Entwicklung des regionalen Sorgenkinds PNG. Die 463.000 km² Landesfläche – fast acht mal größer als Österreich – verteilen sich

chinesischen Minderheit ganz zu schweigen. Ohne *Tok Pisin* (Pidgin) gäbe es nicht einmal eine Lingua Franca für eine Nation, in der jeder nur den *Wantoks* traut, die zu seinem Clan gehören: Und ohne Wantoks (One Talk), die einander überall – egal ob Lae oder Los Angeles – unterstützen müssen, wäre das soziale Netz längst schon völlig gerissen.

Ein weites Betätigungsfeld für Missionare aus aller Herren Länder, die den armen Heiden Heil und Erleuchtung bringen wollten – und sich selbst so manchen irdischen Lohn. Kein anderes Land weit und breit hat Bodenschätze wie PNG, und ein wenig Vorbereitung kann nicht schaden. Neben den Amtskirchen – 58% sind offiziell protestantisch, 33% katholisch – ackern sich auch merkwürdige Heils-

seit 1987, vor allem australische Soaps, ein paar religiöse Shows und sehr viel Sylvester Stallone. Neuer Reichtum für wenige, Luxus für noch weniger. Wer Geld hat, investiert still und heimlich in Cairns oder Brisbane, um nicht seine armen Wantoks aushalten zu müssen. Computer und Videorecorder werden häufiger, Strom dafür nicht. Bierkistentürme von South-Pacific-Lager als Symbole der neuen Zeit, wo Kina-Muscheln, Paradiesvogelfedern oder Doba, das Bananenblattgeld aus der Milne Bay, über Jahrhunderte bleibende Werte darstellten? Dass PNG kurz vor einer Aids-Epidemie mit zu erwartenden massiven Verlusten von Arbeitskräften steht – das Center for International Economics errechnete für die nächsten 18 Jahre ein Minus von 40% – lässt die Zukunftsperspektiven des Landes nicht rosiger erscheinen.

Die blutigen Stammesfehden sind politisch nicht zu lösen – bedeuten sie vielen doch die einzige Möglichkeit, zu ihrem Recht zu kommen, wo man den „*Haus Polis*“ (Polizeistationen) nie völlig trauen kann. Die Exekutive entscheidet im Zweifelsfall immer für ihre eigenen *Wantoks*, klagt SUSI BILAS, Krankenschwester im *Haus Siek* (Hospital) von Mount Hagen. Noch erbitterter werden die Auseinandersetzungen, wenn es um Landrechte an den bestens bewachten Minen geht – ein paar Finger und Köpfe sind als Warnung rasch ab. Längst werden Ingenieure nicht mehr im Jeep und Löhne nicht mehr mit Geldtransportern herbeigeschafft, sondern mit Helikoptern, nachdem die wenigsten der Trucks ihr Ziel je erreicht haben. Die Arbeiter wohnen in Containerstädten rund um und verdienen mehr Kina, als die Big Men in ihren Dörfern je besessen haben. Einige der ausländischen Topmanager haben PNG offiziell überhaupt noch nicht betreten und kennen nur ihren Landeplatz im Hochsicherheitstrakt der Bergbaugesellschaften.

Die meisten Orte erinnern ohnedies an Festungen. Leibesvisitationen gehören im *Renboa-Stoa* dazu, dem größten Supermarkt von Mount Hagen, wo barfüßige Bäuerlein zwischen Gebirgen violetter Seife und Burgen australischer Haltbarmilch aus dem Staunen nicht heraus

Wirtschaft, Statistik, Soziales

Export von Papua-Neuguinea (Hauptausfuhrprodukte):
Gold, Petroleum, Kupfer, Kaffee, Palmöl, Baumstämme

Wirtschaft nach Wirtschaftssektoren:

Dienstleistungen: 64 %, Industrie: 15 %, Landwirtschaft: 21 %

Bevölkerung:

Urbanisierung: 18 %, Bevölkerungswachstum pro Jahr: 2,2 %, Kindersterblichkeit: 11,2 %, Alphabetisierung: 63,9 %, Einwohner pro Arzt: 12.750

über den Ostteil der Insel Neuguinea und eine Reihe von Inselgruppen: Die Namensgebung (Bismarckarchipel, New Hanover, New Ireland oder Bougainville) verrät, dass das Inselreich am Äquator mit europäischen Begehrlichkeiten aller Art zu kämpfen hatte – zumindest die Bevölkerung im Küstenbereich diente vielen Herren, denn weiter drangen die wenigsten Entdecker vor. Die Existenz von Hunderttausenden in den unzugänglichen Bergen im Herzen der Insel Neuguinea wurde gar erst in den 1930er Jahren bekannt, als sich einige Goldsucher ihre Wege in die Dschungel bahnten und auf verblüffte Jäger und Sammler stießen – das Erstaunen beruhte wohl auf Gegenseitigkeit.

Die fünfeinhalb Millionen Menschen in PNG sind einander bis heute nicht wirklich grün. Allein die Papuas gliedern sich in über 750 ethnische Gruppen mit verschiedensten Sprachen und Riten, dazu kommen in den Küstenzonen noch malaiische (indonesische), melanesische und polynesische Zuwanderer, von der

lehren und Sekten durch die schlammigen Dörfer, predigen goldene Aussichten und schielen bisweilen ungeniert auf die Gold- und Kupferminen der internationalen Konzerne.

Planierdraht und Penisköcher. Corned Beef und Maniok. Kettensägen und Wunderheiler, Pokerhallen und Dartscheiben: Der Turboschub der neuen Zeit entwurzelt und verunsichert. Bündel von Kina, die neue Währung, überschwemmen ein Land, in dem zwar drei Viertel in der Landwirtschaft tätig sind, das aber die Hälfte seiner Wertschöpfung aus Bergbau und Industrie deckt – 30% aller Exporte sind Gold, 40% Erdöl und Kupfer, Kaffee und Palmöl halten gerade bei 15%. Viel agrarisches Geld liegt zur Zeit vor allem im Anbau von Vanille, für welche die chinesischen Kleinhändler im Sepik-Tiefenland bis zu 150 Euro je Kilo bezahlen. Die ersten Rascals sind selbst dort schon unterwegs, das Wanderräubertum blüht.

Viel Geld ist plötzlich da in einem Land, das eben erst der Tauschkultur entwachsen ist. EmTV (Media Niugini) sendet

kommen. „See Stealman?“, Achtung Dieb, flüstern selbst die Marktfrauen davor hinter ihren Haufen Taro und Südkartoffel und rücken näher zusammen. Sie tragen violette Rugby-Shirts aus Brisbane und zerschlissene „Jesus loves you“-Sweater: Die Auswahl an Second-Hand-Kleidung auf den Open-Air-Kleiderständen ist beeindruckend. Selbst die Kai-Bars, Fast Food Marke Papua, wo sich tagsüber Menschenschlangen um Huhn und Chips anstellen, sind engmaschig vergittert und schließen früh. Die Security trägt gelbe Bauarbeiterhelme und selbstgeschnittene Schlagstöcke und lächelt nur für Weiße und Wantoks. Alkohol gibt es keinen, seit die meisten Highland-Provinzen zu alkoholfreien Zonen erklärt wurden.

„Help, help!“ Jeder hört die verzweifelten Schreie draußen vor dem Stacheldrahtverhau des koreanischen Sunrise Guesthouse in Mount Hagen, doch keiner wagt sich hinaus. Es ist Freitag abend, Zahntag, da geht es rund in den Spielhallen. Nach Sonnenuntergang sind alle Straßen menschenleer und selber schuld, wer in den unbeleuchteten Straßenzügen Geschäfte verrichten muss: Die Kriminalität steigt dramatisch, Straßenräuber scheint zum Wunschberuf vieler Jugendlicher geworden – die sonstigen Perspektiven sind kläglich, und Tourismus ist zur Zeit keine Option, trotz tropischer Vielfalt. Nicht einmal 70.000 Auslandsgäste finden alljährlich den Weg nach PNG, der Großteil davon als Angehörige und Besucher von Missionaren und Minenarbeitern. Nur wenige Touristen rücken im Schutz der Reisegruppe zu den legendären Highland-Games von Mount Hagen und Goroka an – Air Niugini macht's möglich, denn durchgehende Überlandverbindungen wird man bis heute vergeblich suchen.

Port Moresby, Hauptstadt und Flugknoten im Süden von PNG, ist von den Highlands bis heute nur auf dem Luftweg oder über einen fünftägigen Fußmarsch (Kokoda-Trail) erreichbar. Straßen in den Norden und Osten gibt es keine. Auch sonst existiert das Straßennetz erst seit einigen Jahrzehnten, ist unzusammenhängend und in

kläglichem Zustand: Von den rund 20.000 km Straßen sind nicht einmal 800 km asphaltiert, und das höchst brüchig. Die Staubpisten am Fuß des Mount Wilhelm verwandeln sich beim kleinsten Regenguss in schlammige Rutschpartien und machen ganze Täler über Tage unerschwingbar. So manche neue Brücke aus internationalen Spendengeldern besteht bald nur noch aus dem Stahlskelett, weil die Holzplanen zum Hausbau verwendet wurden oder einfach Brückenmaut von ungenehmen Nachbarn erpresst werden soll – Entwicklungshilfe der anderen Art.

Die Unterkünfte im Land sind meist spartanische Gästehäuser von Missionsstationen, mit Essen um 17h und Bettruhe um 22h, wenn die TV-Programme enden. Billig ist gar nichts in PNG, am allerwenigsten der Schlaf, wo auch für eine karge Zellenpritsche im „Lutheran Guesthouse“ von Goroka (Eastern Highlands) oder dem „Pentecoastal Guesthouse“ von Mendi (Western Highlands) 12 Euro fällig werden – Handeln zwecklos, denn Konkurrenz gibt es nicht, und außerdem ist die Küchenbenutzung gemeinsam mit einheimischen Dauermietern erlaubt. Basta. Wenn Papuas reisen, dann immer noch meist zu Fuß oder in privaten PMVs (Public Motor Vehicle): Zumeist sind es Pickup-Trucks mit offenen Ladeflächen oder Toyota-Minibusse, die oft stundenlange Runden drehen, bis das Fahrzeug wirklich voll ist. Koordination fehlt, sodass alle zu gleichen Zeiten die gleichen Routen bedienen wollen und letztendlich keiner genügend Passagiere aufreiben kann, ohne anderen die Fahre streitig zu machen. Fahrpläne sind unüblich, zwischen 23h und 4h morgens wird zum Markt gestartet, zwischen 10h und 16h geht's wieder zurück. Wahrscheinlich. Meist mit Zwischenstop an einer der Vulkanisierungsstationen für geplatze Reifen und Betelnußzweigen außen am Rückspiegel, weil innen nicht nur für die paar dünnen Melanesier die Luft dick ist und Hühnerkörbe die letzten freien Flecken einnehmen.

Ohne Hunderte Landepisten für die Flug-

geräte von Air Niugini und MAF (Missionary Aviation Fellowship) und anderen wäre die landesweite Versorgung noch lückenhafter. Der AVIS-Schalter in der Flughafenbaracke von Air Niugini ist meist menschenleer und verstaubt. Die Leihautos davor sind in kläglichem Zustand. „Herumsitzen verboten“, steht auf dem handgemalten Holzschild in der Ankunftshalle und die Fußsohlen zweier Schläfer ragen unter dem Tresen hervor. Tauchen in Madang, Schnorcheln auf den Trobrianden oder Bootstouren auf dem mächtigen Sepik-Fluß reizen nur wenige, obwohl immer mehr noble Eco-Lodges entstehen – oft mit australischer Beteiligung und noch öfter leer. „Zu viele Pressluftgeräte“, sagt Peter, der Tauchlehrer von Madang Aquaventures und spuckt eine mächtige Ladung Betelsaft auf den verwachsenen Tennisplatz. Seine letzte Tour war vor drei Wochen. Nächste Woche kommen vielleicht seine Wantoks aus Melbourne und bringen hoffentlich ihre alten Reeboks mit, weil Joggen angeblich endlich out ist und Nordic Walking in. Versprochen haben sie es schon lange. In Australien schwitzen manche sogar freiwillig, sagt er, und kann es kaum glauben. *Naiswan*, alles Gute PNG.

Tipps zum Weiterlesen:

Allgemeiner landeskundlicher, wirtschaftlicher und politischer Überblick mit vielen aktuellen Links: <http://www.australien-auf-einen-blick.de/papua-neuguinea/index.php#Wirtschaft> (Zugriff: 4.5.2005).

HALL, C.M., PAGE, S.J., Hg. (1996): *Tourism in the Pacific. Issues and Cases*. London.

HATUTASI, V. (2003): *Cyanide Threat to Pangana*. *Papua New Guinea Independent*. <http://www.minesandcommunities.org/Action/press101.htm> (Zugriff: 4.5.2005).

KREISEL, W., Hg. (1999): *Growing Gaps? Perspektiven für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung im asiatisch-pazifischen Raum*. *Abera Conference Reports*, Bd.3, 127-147.

KREISEL, W. (2004): *Die Pazifische Inselwelt*. 2. Aufl., Borntraeger: Berlin.

National Statistical Office of Papua New Guinea. <http://www.nso.gov.pg> (Zugriff: 4.5.2005)

Papua New Guinea Online: Country Profile – Papua New Guinea Manufacturing (2003). <http://niugini.com/profile1.htm> (Zugriff: 4.5.2005).

TREE, I. (1996): *Islands in the Clouds. Travels in the Highlands of New Guinea*. *Lonely Planet Journals: Melbourne*.

Günter Spreitzhofer [Gunter.spreitzhofer@univie.ac.at] ist Lektor am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien. Regionaler Arbeitsschwerpunkt: Südostasien & Pazifik; Fokus auf Tourismus, Urbanisierung und soziokulturelle Transformation.



Anak Dalam I (Aufnahmeort: Bangko, Sumatra im Januar 2005)



Augenblick (Aufnahmeort Tana Toraja, Sulawesi im November 2004)

Margit Haider
[margithaider@]
22 Jahre alt und
seit Anfang 20
und Sozialanth
in Wien. Ihr be
Interesse gilt d
Fotografie als
tationsmethod
ostasiatischen
besondere Ind
der Konflikt- u
forschung. Vor
Februar 2005
Indonesien ge
Juli bis Oktobe
weiterer Indon
halt geplant.
Weitere Bilder
sind unter: <http://fotocommunity.com/pics/449049> und <http://fotocommunity.com/pics/426890> zu



Anak Dalam II (Aufnahmeort: Bangko, Sumatra im Januar 2005)



Febri (Aufnahmeort Yogyakarta, Java im Februar 2005)

@reflex.at] ist
nd studiert
03 Kultur-
thropologie
esonderes
abei der
Dokumen-
e, dem süd-
Raum (ins-
onesien) und
nd Friedens-
n Juli 2004 bis
ist sie durch
reist, und von
er 2005 ist ein
esien-Aufent-

von ihr
p://www.
.de/pc/pc/my-
nd http://www.
.de/pc/pc/my-
u finden.



Aufnahme: Jutta Svoboda 2002

Timoresische Mitarbeiter vom Civil Registry zusammen mit dem Außenminister Ramos Horta

Versöhnung ohne Gerechtigkeit befürchtet Die schwierige Hypothek in den Beziehungen Osttimors zu Indonesien

Michaela Koller

Im kommenden August, sechs Jahre nach der Osttimorkrise, nimmt eine gemeinsame Wahrheits- und Freundschafts-Kommission Osttimors und der einstigen Besatzungsmacht Indonesien ihre Arbeit auf. Nach den Massakern und Zerstörungen auf der östlichen Hälfte der Insel Timor im September 1999, bei denen hochrangige indonesische Armeeangehörige die Fäden zogen, will der jüngste Staat der Erde nach eigenem Bekunden „eine reife Beziehung zwischen Führung und Völkern“ begründen.

Dabei sei man „auf der Suche nach Wahrheit über die gemeinsame Vergangenheit mit vorwärtsgewandtem Geist“, wie es in einer offiziellen Erklärung der Regierung hieß. Diese gab Anfang März bekannt, die Kommission, bestehend aus fünf Mitglieder aus Osttimor und Fünf aus Indonesien, solle einen gemeinsamen historischen Bericht erarbeiten, in dem Menschenrechtsverletzungen vor und nach dem Referendum über die Unabhängigkeit am 30. August 1999 aufgeführt werden. Das Gremium werde nicht ermächtigt, Schuldige zu verfolgen, sondern solle

viel mehr in einzelnen Fällen Straffreiheit empfehlen, wo einstige Täter zur Aufklärung der Ereignisse beitragen. Die Arbeit der Kommission sei zunächst auf zwei Jahre angesetzt.

Osttimor war im Mai 2002 unabhängig geworden, nach einer zweieinhalbjährigen Übergangsverwaltung durch die UNO. Bereits Ende 2002 hatte das Land mit Indonesien volle diplomatische Beziehungen aufgenommen und schon polizeiliche Maßnahmen gegen Schmuggel, Drogenhandel und Terrorismus miteinander koordiniert.

Der Kurs von Versöhnung und Zusammenarbeit ist auf den ersten Blick erstaunlich, da Osttimors Freiheitskämpfer einschließlich seines Präsidenten KAY RALA XANANA GUSMÃO einst selbst Ziel indonesischer Polizeimaßnahmen waren. Nur einige Monate nachdem Portugal seine Kolonie Portugiesisch-Timor nach der Nelkenrevolution in die Unabhängigkeit entlassen hatte, marschierten am 7. Dezember 1975 indonesische Truppen mit Stillschweigen der USA nach Osttimor ein. Darauf folgten 24 Jahre lang brutale Unterdrückung jeglicher Freiheitsbestre-

bungen durch Polizei und Militär. Die Amerikaner hatten vor dem Einmarsch dort ein zweites Kuba gefürchtet, da Marxisten die Unabhängigkeit der Inselhälfte proklamiert hatten. Erst der Rücktritt des indonesischen Diktators SUHARTO im Mai 1998 brachte Bewegung in die Situation. Schließlich hatten die Timoresen am 30. August 1999 die Gelegenheit für die Unabhängigkeit von Jakarta zu stimmen, wobei sich die Mehrheit von 78 Prozent dafür entschied. Mit dem Bekanntwerden des Ergebnisses erreichte jedoch die Gewalt auf der Inselhälfte ihren Höhepunkt: Die Armee und die Zivilverwaltung unterstützten dabei Milizen, die in ihrem Interesse mordeten und zerstörten. Rund 2.000 Menschen fielen dem zum Opfer, mehr als 200.000 Osttimoresen konnten ihr Leben nur noch durch Flucht in den Westen retten. Die pro-indonesischen Milizen zerstörten zudem mehr als drei Viertel der gesamten Infrastruktur, Schulgebäude ebenso wie wichtige Verbindungsstraßen oder Felder. Die Gewaltexzesse wurden endlich beendet, als am 20. September 1999 eine internationale Schutztruppe unter australischer Führung entsandt wurde.

Eine fünfköpfige UN-Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Osttimor folgte wenige Tage später, unter ihnen als Vertreterin Europas die ehemalige Bundesjustizministerin SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER (FDP) neben Vertretern aus Peru, Nigeria, Indien und Papua-Neuguinea. Bei einer Veranstaltung in Berlin, zu der das internationale katholische Hilfswerk Missio einlud, sprach die Bundestagsabgeordnete über ihre Erkenntnisse, die sie in dem damals größtenteils zerstörten Osttimor gesammelt hatte. Die Gruppe habe sich in zwei Teams aufgeteilt und sei durch das ganze Land in die Dörfer gereist, über die zerstörten Straßen mit riesigen Löchern, um das Ausmaß der Gewalt und ihre Hintergründe genau zu ermitteln. „Wir stellten fast verhörähnliche Fragen“, sagte LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER. Sie führte allein mit 200 Osttimoresen Gespräche über deren Schicksal. Dabei kam heraus, wie sehr deren Leben auch schon vor dem Referendum von Gewalt

geprägt war. Die Kommissionsmitglieder dokumentierten ein breites Spektrum von Menschenrechtsverletzungen wie etwa Verschleppen, Verschwinden lassen und Vergewaltigungen. Leutheusser-Schnarrenberger erinnerte sich zudem an Kinder mit „unvorstellbaren Verletzungen“.

Die UN-Untersuchungskommission legte im Januar 2000 ihren Abschlussbericht vor und kam darin zu Ergebnissen, die das indonesische Militär schwer belasten. Die indonesische Armee habe die Politik der verbrannten Erde von langer Hand mit vorbereitet, in dem sie etwa im Vorfeld Material und Waffen lieferte. Beweise für ein „systematisches Vorgehen des Militärs“ gebe es „in Hülle und Fülle“. Ausdrücklich empfahl die Kommission deshalb die Einrichtung eines Internationalen Tribunals, um die Täter und ihre Hintermänner zur Rechenschaft zu ziehen. Weder Osttimor noch Indonesien könnten einen Gerichtshof für die Vorgänge bewerkstelligen, hieß in dem Abschlussbericht. Ausdrücklich warnten sie davor, eine Situation der Straflosigkeit aufkommen zu lassen.

Den Empfehlungen folgten aber keine entsprechenden Schritte. Im Dezember 2004 drängte die International Federation for East Timor (IFET) den UN-Generalsekretär, ein internationales Bündnis von Menschenrechtsorganisationen, die sich jahrzehntelang für die Freiheit des kleinen Landes eingesetzt hatten, doch endlich eine Expertenkommission für das Problem der Straflosigkeit einzurichten. Monatlang habe dieser Vorschlag auf

dem Schreibtisch des UN-Generalsekretärs gelegen, beklagte das Bündnis. „Die dreiköpfige Expertenkommission kam jetzt in einem 160-Seiten-starken Bericht zu dem Ergebnis, Jakarta müsse innerhalb von sechs Monaten glaubwürdige Verfahren gegen die Verantwortlichen des Osttimorkonflikts durchführen, ansonsten solle die Uno dazu ein internationales Kriegsverbrechertribunal einrichten.“ Schließlich kündigte KOFI ANNAN die Zusammensetzung einer solchen Expertenrunde im Februar an, in dem er sich auf die UNO-Resolution 1573 aus dem Jahr 2004 über den Kampf gegen die Straflosigkeit bezog. „Um die Ahndung der in Osttimor begangenen Verbrechen ist es sehr schlecht bestellt“, sorgt sich auch MONIKA SCHLICHER von der Berliner Menschenrechtsorganisation Watch Indonesia. Beim Staatsbesuch des osttimoresischen Präsidenten in Berlin Ende vergangenen Jahres fand sie noch heftigere Worte: „Für die Opfer ist GUSMÃOS Verhalten ein Schlag ins Gesicht.“ Der Präsident hatte den Besuch zum Anlass genommen, dafür zu werben, Osttimor wirtschaftlich zu helfen anstatt indonesische Verantwortliche wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu bringen. Brot anstatt Gerechtigkeit könnte die Devise auch heißen. SCHLICHERS Kritik an dieser Haltung spiegelt die Meinung eines Großteils der osttimoresischen Bevölkerung wider. Die erstaunliche Versöhnungsbereitschaft GUSMÃOS ruft in Osttimor lautstarken Unmut hervor.



Hospiz-Station von Timor-Aid

Aufnahme: Jutta Svoboda 2002

Schrei nach Gerechtigkeit

Bei einer unangemeldeten Demonstration von ehemaligen osttimoresischen Freiheitskämpfern im vergangenen Juli, die die Polizei unter Einsatz von Tränengas auflöste, schriean die Teilnehmer nach Gerechtigkeit. Und der Nachfolger des Friedensnobelpreisträgers Bischof BELLO, Bischof ALBERTO DA SILVA warnte unlängst: „Was auch immer KOFI ANNAN sagt oder nicht sagt, oder was auch immer die timoresische Führung möchte oder nicht möchte, die Haltung der Kirche bleibt gleich klar und fest. Wir brauchen Gerechtigkeit, Gerechtigkeit muss geschehen.“ Das ganze Volk verlange nach Prozessen wegen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In der Tat kamen die Hauptverantwortlichen für die Politik der verbrannten Erde vom September 1999 bisher ungeschoren davon und die Regierung des jungen Staates zeigt sich zudem überhaupt nicht an der Aufarbeitung interessiert, hauptsächlich wohl deshalb, um nicht die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem großen Nachbarn und ehemaligen Besatzungsmacht Indonesien zu gefährden. Offiziell heißt es, die Verfolgung der Verbrechen

von Armeeingehörigen könne zu einer Destabilisierung Indonesiens führen, da das Militär immer noch eine große politische Rolle spiele.

Die Uno hatte beim Generalstaatsanwalt in Osttimor die sogenannte Serious Crimes Unit (SCU) eingerichtet, die für die Ahndung schwerer Verbrechen zuständig ist. Ihr Auftrag lief jedoch im Mai bereits aus. Von 369 Angeklagten, die diese Abteilung ermittelte, wurden aber nur 50 verurteilt. Die Osttimoresen gewannen bald den Eindruck, dass die Ermittler nur gegen kleinere und mittlere Fische vorgingen. Tatsache ist, dass Milizionäre, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, nach Westtimor abgesetzt haben und Indonesien die Hintermänner, zum Teil hochrangige Militärs, erst recht nicht ausliefert. Der in Jakarta eigens eingerichtete Menschenrechtsgerichtshof urteilte entweder milde oder so, dass die Begründung einer Revision vor dem Obersten Gericht nicht standhielt: So wurden letztlich 17 von 18 Angeklagten dort freigesprochen, trotz vorausgegangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine Anfang 2002 eingerichtete Wahrheits- und Versöhnungskommission in

der osttimoresischen Hauptstadt Dili kann sich zwar der Aussöhnung zwischen Freiheitskämpfern und ihren Sympathisanten sowie einst pro-indonesischen Landsleuten rühmen, jedoch ist sie weder für Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch für die einstigen indonesischen Besatzer zuständig. Sogenannte minderschwere Verbrechen behandelt die Kommission, wie Plünderung, Diebstahl, einfache Körperverletzung und Brandstiftung. Sie hat dazu bislang mehr als 7.500 Aussagen von Opfern zusammengetragen, die teilweise zum ersten Mal über die Ereignisse sprechen konnten. Zur Aussöhnung versucht die Kommission im einzelnen auch dadurch zu kommen, in dem die Täter ihre Tatmotive vor der Gemeinde und den Opfern offen legen, Gelegenheit erhalten sich bei ihnen zu entschuldigen und sie entschädigen. Auf diese Weise können sie in die Gemeinde wieder eingegliedert werden.

So hoffnungsvoll diese Versöhnungsarbeit auch sein mag, die Empfehlungen der von der Uno eingesetzten Expertenkommission zum Umgang mit schwersten Verbrechen müssen erst einmal umgesetzt werden.

Dipl. sc. pol. Univ. Michaela Koller [michaelabeate@aol.com] arbeitet als Freie Journalistin in München.

Pacific News - Hinweis

ASIEN

Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V.
German Association for Asian Studies



ASIEN ist eine referierte Vierteljahreszeitschrift.

ASIEN veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zum gegenwärtigen Asien.

ASIEN liefert Ihnen viele nützliche Informationen:

- Konferenzberichte und -ankündigungen
- Rezensionen und Ankündigungen neuer Asienbücher
- Berichte über asienkundliche Forschung und Lehre, Projekte und Internetquellen

ASIEN ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V.; Mitglieder der DGA (Beiträge 28,-- bzw. 55,-- € p.a.) erhalten ASIEN kostenlos!

ASIEN kostet im Jahresabonnement 50,-- € (zzgl. Porto- und Versandkosten).

Werden Sie Mitglied:

Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V., Rothenbaumchaussee 32
D-20148 Hamburg, Telefon: +49 (0)40 445891 | Fax: +49 (0)40 4107945

E-Mail: post@asienkunde.de

<http://www.asienkunde.de> | <http://www.dga-ev.de>



Aufnahme: Michael Hoppe 2005

Formen der Verarbeitung: Wandbild an einem zerstörten Gebäude unweit von Banda Aceh

Ein halbes Jahr nach dem Weltbeben Wiederaufbau in der indonesischen Provinz Aceh

Michael Hoppe

Hohe Erwartungen

Sechs Monate ist es her, dass der Tsunami Aceh, die indonesische Provinz an der Nordspitze der Insel Sumatra, heim gesucht hat. Die Bilder der Zerstörungen in Aceh und den anderen Katastrophengebieten rund um den Indischen Ozean lösten eine nie dagewesene weltweite Spendenbereitschaft aus. Neben den privaten Spenden sicherten Regierungen große Summen für den Wiederaufbau zu. Über mehr als zwei Monate hielten sich die Berichte über die unfassbaren Auswirkungen der Katastrophe in den europäischen und internationalen Medien. Danach verschwanden die Nachrichten über das Geschehen in den betroffenen Gebieten fast gänzlich aus den Tageszeitungen und von den Fernsehschirmen. Ein halbes Jahr nach der Katastrophe ist festzustellen, dass das Medieninteresse an

den Entwicklungen in der indonesischen Katastrophenregion wieder zunimmt – Jubiläen bieten sich stets an, um Bilanz zu ziehen. Die Spender möchten wissen, was aus ihrem Geld geworden ist. Es stellt sich die Frage, welche Fortschritte die indonesische Regierung und die zahlreichen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen im Wiederaufbau bisher erzielen konnten.

Der zögerliche „Wieder-“Aufbau

Die kommunale Infrastruktur gänzlich vernichtet; öffentliche und private Gebäude nicht mehr existent; landwirtschaftliche Flächen und Infrastruktur, wie Bewässerungsgräben, nur mit großem Aufwand rehabilitierbar; Einkommensquellen nicht mehr vorhanden; 80 % der Bevölkerung umgekommen, insbesondere Frauen und Kinder; ganze Dörfer ausgeradiert – dies war

und ist die Situation nach dem Tsunami an vielen Orten entlang der am stärksten betroffenen acehnischen Westküste. Der Wiederaufbau ist kein „Wieder“-Aufbau, sondern in zahlreichen Orten ein kompletter „Neu“-Aufbau.

Den harten Fakten der Katastrophe steht die große Präsenz von nationalen und internationalen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen in Aceh gegenüber. Die Kontaktliste des *Humanitarian Information Centres*, kurz HIC, der Vereinten Nationen in Banda Aceh umfasst gegenwärtig 311 Seiten mit 599 Einträgen. Darunter sind ca. 260 internationale und 150 nationale Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) – eine nur schwer überschaubare Anzahl und Vielfalt von Organisationen, die sich am Wiederaufbau beteiligen. Es braucht nicht viel sich vorzustellen, dass hieraus Probleme für die Koordination entste-

hen. Gleichzeitig führt diese Situation zu einer gewissen Konkurrenz zwischen Organisationen, die Ergebnisse liefern wollen und müssen. Bereits seit Januar 2005 treffen sich internationale und nationale NRO und RO (Regierungsorganisationen) in sektoralen *working groups* der Vereinten Nationen in Banda Aceh, um den Wiederaufbau abzustimmen – teils mit großen, teils mit weniger großen Koordinierungserfolgen.

Die indonesische Regierung war bis Anfang Mai 2005 nur wenig präsent, wenn es darum ging, die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen zu koordinieren. Vor kurzem jedoch nahm die nationale staatliche Wiederaufbaubehörde (*Badan Rehabilitasi dan Rekonstruksi untuk Aceh dan Nias, BRR*) offiziell ihre Arbeit auf. Diese soll nun die Koordination des Wiederaufbaus übernehmen. Im Idealfall laufen künftig alle geplanten Projektanträge bei dieser Institution zusammen und werden auf die Erfüllung von Standards und Überschneidung mit anderen Anträgen geprüft. Darüber hinaus soll die Behörde sicher stellen, dass die Gelder für den Wiederaufbau auf transparente Weise ausgegeben und tatsächlich ausschließlich für den Wiederaufbau genutzt werden. Um diese Aufgaben zu erfüllen, muss die Wiederaufbaubehörde effiziente Mechanismen bereitstellen, damit die schnellst mögliche Durchführung guter, gründlich geplanter Projekte gewährleistet wird. Die BRR darf nicht zu einer zusätzlichen bürokratischen Hürde werden.

Von großer Bedeutung ist, dass sich die Bemühungen um Abstimmung der Wiederaufbaumaßnahmen auf den unteren Ebenen fortsetzen. Seit einiger Zeit sind in diesem Zusammenhang Fortschritte zu verzeichnen. Die Koordination der Aktivitäten verlagert sich nun mehr und mehr auf Distrikt-, Sub-Distrikt- und Dorfebene, dorthin also, wo letztlich der „Job“ getan werden muss. Dort, wo die Menschen in den „*Temporary Living Centres*“ der Regierung leben, noch immer in Zelten hausen oder auf ihrem verwüsteten Land eigene hölzerne Notunter-



Aufnahme: Michael Hoppe 2005

Überbleibsel

künfte errichtet haben. Dort, wo es einer gründlichen Planung unter Beteiligung der Betroffenen bedarf – wie etwa bezüglich der Landrechte: In den ländlichen Regionen orientiert sich der Landbesitz fast ausschließlich am Gewohnheitsrecht (*adat*). Staatliche Zertifikate über Landbesitz existierten vor dem Tsunami nur in Ausnahmefällen. Vielerorts wurden die wenigen existenten Belege über den Besitz von Land vernichtet, Archive und lokale Verwaltungsstrukturen zerstört. Bevor z.B. mit dem Bau von Häusern begonnen werden kann und damit physische Fakten geschaffen werden, müssen viele Fragen beantwortet werden. Es gilt, diese Fragen gemeinsam mit direkten Vertretern der Bevölkerung und den zuständigen Behörden zu beantworten.

Herausforderungen für die nahe und ferne Zukunft

Oberste Priorität muss gegenwärtig sein, die Koordination zwischen den unterschiedlichen Akteuren, der indonesischen Regierung, den nationalen und internationalen NRO und RO, weiter voran zu treiben. Die Wiederaufbaubehörde sollte die Führung in der Festlegung von Standards übernehmen, die für alle Organisationen Gültigkeit besitzen und sicherstellen, dass die Aktivitäten der staatlichen und nicht-staatlichen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen sowohl räumlich als auch sektoral abgestimmt werden. Eine der größten Herausforderungen ist es, die positiven Ansätze der BRR auch auf

Distrikt- und Sub-Distriktebene fortzusetzen und damit die Koordinationslücke zwischen den verschiedenen Regierungsebenen zu schließen.

Es darf beim Wiederaufbau in der indonesischen Provinz Aceh nicht nur darum gehen, den Zustand vor dem Tsunami wieder herzustellen. Der Wiederaufbau stellt einen Neuanfang dar, der einerseits eine große Herausforderung für alle beteiligten Akteure ist, andererseits jedoch eine große Chance zur Entwicklung einer Region birgt, die auf einen seit dreißig Jahren andauernden Konflikt zurückblickt. Der Prozess des „Wiederaufbaus“ sollte genutzt werden, um einen längerfristigen Entwicklungsprozess anzustoßen.

Angesichts der erheblichen Summen, die für den Wiederaufbau bereitgestellt wurden, ist es wichtig, dass sich die Entwicklungsbemühungen der indonesischen Regierung wie auch der internationalen NRO und RO nicht ausschließlich auf die direkt durch die Tsunami-Katastrophe betroffenen Gebiete beschränken. Nachbarregionen an verschonten Küstenabschnitten wie auch im Hinterland Acehs sollten einbezogen werden, da eine Vernachlässigung dieser Gebiete fast zwangsläufig zu zukünftigem Ungleichgewicht und Konflikten führen wird.

Die Erwartungen der Öffentlichkeit in Europa und andernorts sind groß – die Hoffnung der Menschen in Aceh auf eine baldige Normalisierung ihres Lebens noch größer.

Michael Hoppe [m.w.hoppe@gmx.de] ist Absolvent der Abt. Kultur- und Sozialgeographie des Geographischen Instituts der Universität Göttingen, hat 2004 das Seminar für Ländliche Entwicklung besucht und arbeitet seit Februar 2005 als Projektassistent für die Deutsche Wehungerhilfe in Aceh.

Schwierige Zeiten für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie

Die gesellschaftliche Dimension des Tsunami am Indischen Ozean

Niklas Reese

Über 300.000 Menschen sind bei der Flutkatastrophe am Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 auf einmal ums Leben gekommen. Darüber hinaus sind nach Angaben der Vereinten Nationen bis zu fünf Millionen Menschen in Aceh, Sri Lanka, Thailand, Indien und den Malediven unmittelbar oder mittelbar betroffen, indem sie Haus und Besitz verloren haben, schwerwiegende körperliche und seelische gesundheitliche Folgen davongetragen haben oder der Tsunami ihre Einkommensquelle zerstört hat.

Bis auf Sri Lanka und die Malediven sind die ökonomischen Auswirkungen der Flut auf die Volkswirtschaften in der Region allerdings gering. Die Industrie und Infrastruktur in der Region wurde von der Flut insgesamt gesehen kaum in Mitleidenschaft gezogen. Die betroffenen Regionen, sind meist ländlich und ohne viel Industrie. Und manche Länder rechnen damit, dass der Wiederaufbau und die vielen bereitgestellten finanziellen Mittel ein wirtschaftliches Wachstum auslösen.

Vor allem die Armen

Dieser gesamtwirtschaftliche Blick ist aber nicht der Blick der „kleinen Leute“. Die Flutwelle hat vor allem die Armen und Ärmsten getroffen, diejenigen, die gerade so über die Runden kommen und sich mühsam eine kleine Existenz aufgebaut haben.

Weil die Flutländer über eine sehr unzureichende Infrastruktur verfügen, konnten die Bewohner/innen abgelegener Gebiete oft erst nach Wochen erreicht werden. Die wenigen Krankenhäuser waren im Nu überfüllt.

Viele der Betroffenen leb(t)en von der Fischerei; auch in den Tourismusgebieten lebte ein großer Teil der Bevölkerung nicht vom Tourismus, sondern von Fischfang, Garnelenzucht oder Landwirtschaft. Ihre Einkommensmöglichkeiten haben

sich dramatisch verschlechtert. Die Fischer können erst einmal nicht mehr auf Fang gehen, weil ihre Boote und Netze zerstört wurden. Durch die Flutwelle sind neben Häusern und Fischereigerät auch viele Korallenriffe vor der Küste zerstört worden, die als Laichplätze der Fische dienen.

Hühner, Rinder und anderes Vieh wurden massenweise getötet, Fruchtbäume zerstört – und die Bauern somit ihrer Einkommensmöglichkeiten beraubt. Einige landwirtschaftliche Gebiete werden wegen der großen Mengen Salzwasser Jahre brauchen, bis sie wieder fruchtbar sein werden.

Noch ist offen, wo sie in Zukunft siedeln können. Vorgeblich aus ökologischen Gründen wird ihnen verwehrt, ihre Häuser an der Küste wieder aufzuschlagen. Die Regierungen der jeweiligen Länder haben nur denen (recht geringe) Beträge zugesagt, die ihre Existenzgrundlage *verloren* haben. Für den Neubeginn reichen diese Mittel in der Regel nicht.

Die Hilfsmaßnahmen kommen zudem nur schleppend voran. Das Ausmaß an Zerstörung ist dafür nur ein Grund unter anderen. Berichte über Korruption, die Instrumentalisierung der Hilfe durch die Politik und Militär und eine mangelnde Koordination der Hilfe kommen aus allen Flutregionen. Wer über Geld oder gute Beziehungen verfügt, konnte sich selbst helfen bzw. sich die staatliche Unterstützung sichern. In Thailand ist die Tourismusindustrie wieder auf den Beinen, weil ihr wirtschaftspolitisch Vorrang eingeräumt wird – die Armen mussten allerdings irgendwie selbst zurechtkommen.

Überall wächst die Ungeduld und der Ärger der Bevölkerung – auch weil sie wissen, dass unvorstellbar viel Geld bereitstehen sollten, das vorrangig für sie gedacht ist. „Die vertriebene Bevölkerung hat von Milliarden von Dollars gehört und

sie sitzen immer noch in ihren Zeltern und sagen „Ich will mein Leben und mein Umfeld wieder“, so der UN-Nothilfebeauftragte JAN EGELAND.

Menschenrechte auf Abstellgleis

Innerhalb von Minuten haben die Flutwellen über Hunderttausende in den Tod gerissen und die Ressourcen der Armen zerstört. Gesellschaftliche Beziehungen und Strukturen aber sind beharrlich. Patriarchat, ethnische Diskriminierung und Kastengesellschaft sind Strukturen, die sich gerade in Not und Hilflosigkeit als Rettungsanker anbieten. In Krisensituationen werden Menschenrechte daher erfahrungsgemäß schnell anderen Problemen untergeordnet. Frauen, Kinder, als auch soziale und ethnische Minderheiten sind in Folge des Tsunami verstärkt zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen geworden.

Sie sind in den überfüllten und personell unterbesetzten Flüchtlingslagern, in denen auch vier Monate nach der Flut die Mehrheit der Flutopfer ausharren muss, besonders von Gewalt bedroht und werden benachteiligt. Aus vielen Flüchtlingslagern wurden Vergewaltigungen gemeldet.

Es sind deutlich mehr Frauen als Männer umgekommen. Viele Männer waren auf dem Meer fischen oder haben im Hinterland gearbeitet, während Frauen im Haus gearbeitet haben. Männer waren zudem körperlich eher in der Lage, sich an Bäumen festzuklammern. Und auf die überlebenden Frauen kommt nun noch mehr Arbeit zu.

Da es in der Regel Männer sind, die planen und Frauen, die für die Alltagsarbeit wie Wasser und Essen besorgen, Kinderbetreuung oder Waschen zuständig sind, leiden Frauen besonders darunter, wenn Notunterkünfte fernab der alten Heimat aufgebaut wurden. Sie müssen die weiten Wege meist zu Fuß machen, die Fahrräder

der wurden dem männlichen Haushaltsvorstand ausgehändigt. Dass es zu wenige Toiletten gibt, ist für Männer, die sich auch im Freien erleichtern oder umziehen, zu verschmerzen. Kinder haben nun lange Schulwege.

Männer bekommen von den Beamten Landtitel und oft auch das Übergangsgeld für die ganze Familie ausgehändigt. Witwen bekommen weniger und später Hilfe, denn sie gelten nicht auf Anhieb als Haushaltsvorstand (siehe auch Beitrag von UNGER in diesem Heft). Bevor der Tsunami sie verwitwet hat, hatten sie zudem formal kein eigenen Besitz und kein Einkommen. Da aber nur das erstattet wird, was man vorher besessen hat, gehen sie leer aus.

„Heißt Wiederaufbau“, so fragte daher NIRUJ REVATHI vom *Alternative Law Forum*, „dass man denen, die Ressourcen verloren haben, diese bis zur ursprünglichen Menge ersetzt und diejenigen, die sozial und wirtschaftlich benachteiligt waren, dort lässt, wo sie waren, am untersten Rand der Hierarchie? Oder sollte die Politik nicht versuchen, das Problem der sozio-ökonomischen Marginalisierung anzupacken?“

Im Würgegriff des Militärs

Ein menschengerechter Wiederaufbau wird durch andauernde Konflikte zusätzlich erschwert. Das zeigt ein Blick nach Sri Lanka und Aceh, die Regionen, die am schwersten von den Flutwellen getroffen wurden.

In Aceh sollen 100.000 obdachlos Gewordene die nächsten zwei Jahren in Behelfsbaracken leben, bis ihre neuen Häuser fertiggestellt sind. Menschenrechtsgruppen sehen die Gefahr, dass die Armee durch die Zusammenlegung in Sammelunterkünften die Bevölkerung unter Kontrolle halten möchte. Böse Erinnerungen kommen hoch, da das Militär in Aceh früher auch Camps angelegt hatte, um die Bevölkerung zu kontrollieren und die Unabhängigkeitsbewegung zu bekämpfen.

Seit der Konflikt im Zuge der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Fremdbestimmung in den 1970er Jahren ausgebrochen ist, hat die indonesischen Armee hat massive Menschenrechtsver-

letzungen begangen. Wahllose Kontrollstützpunkte, willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen, Folter, Misshandlung von Gefangenen, Mord und Verschwindenlassen. Daran hat sich auch nach dem Ende der SUHARTO-Diktatur nichts geändert – nur, dass die Verbrechen neuerdings im Namen der ‘Terrorbekämpfung’ verübt werden.

So ist es auch nach dem 26. Dezember 2004 zu Menschenrechtsverletzungen durch das Militär gekommen, berichtet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Menschen wurden an Kontrollpunkten oder Militäroperationen erschossen, persönliche Habe bei Verkehrskontrollen konfisziert, eine Frau, die sich auf dem Weg zur Entbindung ins Krankenhaus befand, wurde angeschossen und verblutete.

Das Militär hat größtenteils erfolgreich von Beginn an die Hilfsgüterströme zu kontrollieren versucht und sie eingesetzt, um die Bevölkerung gefügig zu machen. Soldaten - oft junge Männer aus weitentfernten Ecken Indonesiens, die nur wenig Sold erhalten - bereichern sich an den Gütern und fordern von ausländischen Hilfskonvois (illegale) ‚Gebühren‘.¹ Der Anti-Korruptionsaktivist FARID FAQIH wurde verhaftet und schwer misshandelt, nachdem er behauptet hatte, die Regierung würde die Zahl der Opfer übertreiben, um mehr Geld zu bekommen und dem Militär vorgeworfen hatte, Hilfsgüter zu stehlen. „Man versucht, die Nichtregierungsorganisationen von der Überwachung des Wiederaufbaus abzuhalten“, meinte HAYIE MUHAMMAD, Aktivist der Anti-Korruptions-NGO Procurement Watch. „Was FARID FAQIH zugestoßen ist, war eine Art Schocktherapie, die als Botschaft an andere gedacht ist.“

Die Firma des Vizepräsidenten soll zahlreiche der Infrastrukturprojekte zugesprochen bekommen. Die Wiederaufbaupläne wurden (daher?) nicht mit den Menschen vor Ort oder selbst der Provinzregierung abgestimmt, geschweige denn von ihnen zu Wege gebracht - Ausdruck des Zentralismus in Indonesien. Der Aufbau vor Ort kommt erst langsam in Gang, da die Regierung lange auf einen Master Plan warten ließ.

Frieden in Aceh?

Im Gegensatz zu Sri Lanka scheinen der Tsunami und das massive Aufgebot an Ausländer/innen, die als Hilfskräfte das erste Mal seit Jahren wieder in die Provinz gelassen wurden, Bewegung in den Friedensprozess gebracht zu haben. Nach drei Runden von Friedensverhandlungen zwischen indonesischer Regierung und GAM in Helsinki unter Vermittlung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten MARTTI AHTISSARI, könnte der Durchbruch kurz bevorstehen. Die GAM ließ ihre kompromisslose Forderung nach Unabhängigkeit fallen und erklärte sich mit einer „Selbstregierung“ zufrieden. Die indonesische Regierung schlug im Gegenzug eine „Sonderautonomie“ vor. Noch ist offen, was genau unter „Selbstregierung“ zu verstehen ist und welche Bedingungen die GAM konkret stellen wird. Der Übergabe der Regierungsgewalt (bis auf militärische Angelegenheiten) an eine Regionalregierung Acehnesen und internationalen Verfahren gegen Menschenrechtsverletzungen der Militärs, wie von der GAM gefordert, wird die Nationalregierung so leicht nicht zustimmen. Sie will nicht einmal der GAM erlauben, eine politische Partei aufzustellen. Im zentralistischen Indonesien müssen Parteien über Untergliederungen in der Hälfte der 33 Provinzen verfügen. Einem (weitgehenden) Abzug des Militärs will die indonesische Regierung auch erst *nach* Friedensschluss zustimmen. Sperrte sie sich anfangs noch gegen ausländische Beobachter/innen des Friedensprozesses, so würde die Regierung mittlerweile zumindest dem Einsatz eines symbolischen Kontingents von 100 Personen zustimmen. Und offiziell ist das Kriegsrecht aufgehoben worden.

Doch das Misstrauen ist weiterhin groß und die Wunden tief. Nachdem ausländische Militärkontingente Ende März abziehen mussten, sind nunmehr zivile Helfer/innen die einzige Ausländer, die in der Provinz verbleiben können. Eine der größten Ängste der Menschen vor Ort ist, dass das Militär Aceh wieder hermetisch abschließen wird, sobald die Ausländer/innen die Provinz verlassen haben.

Dabei fürchten sie nicht allein die staatliche Gewalt. Indonesien gilt als eines der



Aufnahme: Michael Hoppe 2005

Banda Aceh: Wo ehemals Häuser standen öffnet sich nun eine weite Fläche bis zum Meer

korruptesten Länder der Welt. Und ohne die Ausländer vor Ort fürchten Aktivist/innen, dass Regierung und Militär sich an den Hilfgelder bereichern werden und die Ausbeutung der reichen Öl- und Bodenschatzvorkommen in der Provinz weiterhin fortsetzen, ohne die Menschen vor Ort daran Anteil haben zu lassen.²

Schlagseiten beim Wiederaufbau

Von den etwa 40.000 Todesopfer in Sri Lanka sollen zwei Drittel im mehrheitlich von Tamilen und Muslimen bewohnten Nordosten ums Leben gekommen sein. 1,2 Millionen Menschen leben nun in Flüchtlingslager. Fünf Monate nach der Flut werden 910.000 Menschen vom World Food Programme mit Lebensmitteln versorgt – das sind 5 Prozent der Bevölkerung Sri Lankas.

Rund zwei Drittel des Küstenstreifens sind von der Flut betroffen. 97.000 Häuser sollen neu gebaut werden, gerade einmal 119 sind schon fertig. Die meisten Fischer sitzen noch untätig herum, da bislang kaum neue Boote zur Verfügung stehen. Die finanzielle Hilfe durch die Regierung ist minimal. 15.000 singhalesische Rupien

(120 €) Soforthilfe für jeden verlorenen Angehörigen – nicht mehr als zwei Durchschnittsmonatslöhne -, bis Juni monatlich 5.000 Rupien pro Familie Nothilfe. Viele Opfer sagen, sie hätten bislang bloß zwei Monatsraten erhalten.

Im Hafen von Colombo stehen rund einhundert Container mit Hilfsgütern aus dem Westen. Dort stecken sie fest, da die Regierung mittlerweile Einfuhrzölle auf Hilfsgüter erhebt und die Hilfsorganisationen nicht bereit sind, diese zu bezahlen.

Wie in Indonesien und Thailand auch, hat die Regierung von Sri Lanka in unmittelbarer Nähe zum Meer ein Bebauungsverbot erlassen. Häuser dürfen nicht näher als 100 Meter, im Nordosten sogar 200 Meter an der Küste (wieder) aufgebaut werden. Die Regierung will die Überlebenden in flutsicheren Gebieten landeinwärts neu anzusiedeln.

Das UN-Umweltprogramm UNEP hält dies zwar für eine gute Idee. Die Pufferzone, die mittlerweile überall durchgesetzt wird, stößt unter den Betroffenen auf Proteste. Die für die neuen Siedlungsorte vorgesehenen Gegenden sind oft weit

vom Meer entfernt. Straßenhändlerinnen, Handwerker und Saisonarbeiterinnen werden dann weite Wege zu ihren Arbeitsplätzen zurücklegen müssen oder verlieren ihre Auftraggeber. Fischer müssen nahe der Küste leben, um ihre Boote und Netze im Blick zu behalten und zügig zum Fischen ausfahren zu können.

In vielen Orten entlang der zerstörten Küste Sri Lankas weigern sich viele, in die geplanten Satelliten-Städtchen ziehen. „Ich werde nicht von hier weggehen“, so ein Ladenbesitzer, dessen Geschäft 100 Meter von der Küste entfernt lag. „Dies ist das Land meiner Vorfahren und wir haben hier schon unser ganzes Leben lang unser Geschäft geführt.“ Die Gewitztesten unter ihnen haben in einer Nacht- und Nebelaktion provisorische Holzhäuser aufgebaut – und hoffen, dass diese verschont bleiben werden.

In allen Ländern besteht der Verdacht, dass die Regierungen die Küstenstreifen eher räumen wollen, um sie „wirtschaftlich nutzbar“ zu machen. In Sri Lanka wollte die Regierung schon lange den Küstenstreifen räumen, um dort große Touristenanlagen anzusiedeln.³ Gleiches gilt



Aufnahme: unbekannt

Zerstörungen in Aceh

für eine umstrittene Autobahn und einen Tiefseehafen, dessen Bau wegen Protesten der lokalen Fischer, die im Angesicht der Fischtrawler um ihre Existenz fürchten, vor einigen Jahren eingestellt werden musste, die nun wieder im Entwicklungsplan der Regierung auftauchen.

An den Stränden Südthailands haben sich Immobilienfirmen Land unter den Nagel gerissen. Schlägertypen lassen die zurückkehrenden Bewohner/innen wissen. „Dies ist nicht euer Land. Es gehört dem großen Boss. Der Tsunami hat Euch nicht gekriegt. Aber wir können Euch kriegen.“ (International Herald Tribune, 13.2.05). „Arm zu sein heißt nicht, dass die Regierung uns behandeln kann wie sie will.“ erklärt ein Vertreter eines ‚Bürgerbündnisses für die Betroffenen des Tsunami‘ vor Ort.

Trübe Aussichten für den Nordosten Sri Lankas

Sri Lanka hat eine jahrzehntelange Geschichte von religiös verbrämtem Ethnochauvinismus und ethnischen Unruhen. 20 Jahre tobt schon ein Bürgerkrieg zwischen singhalesisch dominierter Regierung und der LTTE, die auch mit Hilfe von Gewalt ein Alleinvertretungsrecht unter den Tamilen durchgesetzt hat. Die Atmosphäre zwischen singhalesischem Süden und tamilisch-muslimischem Norden ist weitgehend vergiftet.

„In den ersten Tagen aber“, berichtete der Daily Mirror aus Colombo am 24.

Januar, „half jeder den Betroffenen ohne Ansehen von Rasse, Ethnie, Kaste oder Klasse. Bedauerlicherweise verschwinden diese positiven Signale nun und in Sri Lanka herrscht wieder eine Politik der Spaltung.“ Es ist in den letzten Monaten zu mehreren Morden auf beiden Seiten gekommen.

Der traditionell von der Regierung benachteiligte Nordosten hat darunter besonders zu leiden, er ist zwar am stärksten vom Tsunami betroffen, doch Hilfslieferungen werden immer wieder verzögert. Diese Region ist in den letzten 20 Jahren Schauplatz des Bürgerkrieges gewesen, 45.000 Menschen leben daher oft schon seit Jahren in Flüchtlingslagern. Auch ihnen muss geholfen werden.

Die von der LTTE kontrollierten Gebiete haben besondere Schwierigkeiten, bis auf Nothilfe kann dort nur wenig geschehen. Ein bereits ausgehandelter gemeinsamer Koordinationsmechanismus für die Verteilung der Hilfe (*joint mechanism*) zwischen Regierung, LTTE und anderen Bevölkerungsgruppen für den Nordosten kann nicht umgesetzt werden, da der kleine singhalesisch-nationalistische Regierungspartner JVP mit dem Austritt aus der Regierung droht.⁴ Auch der buddhistische Klerus protestiert. „Wenn die internationale Gemeinschaft Sri Lanka zwingt, mit einer terroristischen Gruppe wie der LTTE zu verhandeln, dann müssen sie uns erst helfen, sie zu entwaffnen,“ so ATHURALIYE RATHANA von Buddhist National

Heritage Party im Vorfeld des Hilfsgipfels von Kandy Mitte Mai.

Seit 2002 gilt zwar ein Waffenstillstand, doch von Friedensverhandlungen sind zur Zeit keine Rede. Die Regierung fürchtet eine Stärkung der LTTE und damit die Einschränkung ihrer staatlichen Souveränität, die LTTE fürchtet, an Einfluss zu verlieren. Hier könnte der joint mechanism als erste vertrauensbildende Maßnahme dienen.

Mitte Januar hatte Präsidentin KUMARATUNGA in 14 von 25 Bezirken des Landes Notstandsbestimmungen erlassen. Um die öffentliche Ordnung und die wichtigen öffentlichen Dienste aufrechtzuerhalten, geben die Notstandsbestimmungen Polizei und Militär weitreichende Vollmachten. Lokale Militärbefehlshaber dürfen Gebäude, Land und Fahrzeuge für die Nothilfe beschlagnahmen. Sie dürfen jeder Person befehlen, jegliche Arbeit und jegliche Dienstleistung zu erbringen, nicht nur im Rahmen der Wiederaufbauarbeiten, sondern auch, wenn es die nationale Sicherheit erfordere. Das kommt einer Zwangsrekrutierung gleich.

„Es ist unwahrscheinlich, dass die Bestimmungen nach dem Ende der Aufräumarbeiten wieder aufgehoben werden“, meint der Sunday Mirror.

PANINI WIJESIRIWARDANA sieht diese Maßnahmen im Zusammenhang mit den negativen Folgen, die die Art und Weise des Wiederaufbaus für die einfachen Menschen und die Verarmten hat. „Die Regierung Sri Lankas war völlig unfähig, diese großen sozialen Probleme vor der Katastrophe zu lösen. Nun ist sie noch viel weniger dazu in der Lage.“

Ausblick

Selbst wenn die Hilfe effizient und passgenau eingesetzt werden würde, geht die Internationale Arbeitsorganisation ILO davon aus, dass erst Ende 2005 Häuser, Infrastruktur und Betriebsstätten am Indischen Ozean wieder so hergerichtet sein könnten, dass 60 Prozent der Betroffenen sich wieder selbst versorgen könnten, weitere 25 Prozent bis Ende 2006.

Und für alle Flutregionen gilt: es gibt weit mehr Probleme zu lösen als die unmittelbaren Flutfolgen zu beseitigen. Eine

Rückkehr zum Status Quo nach Abschluss der Not- und Wiederaufbaumaßnahmen würde für die durch das Seebeben betroffenen Menschen und Orte weiterhin hoffungslose Armut bedeuten.

Die Armen - so stellte der Weltentwicklungsbericht für 1998 fest - müssen an katastrophengefährdeten Orten siedeln, weil wohlhabendere Menschen und Unternehmen mit Hilfe des Marktes und ihres politischen Einflusses sich das übrige Land sichern.

Ohne einen grundlegenden Wandel in der nationalen und internationalen Politik der Armutsbekämpfung werden die Armen auch bei der nächsten Naturkatastrophe und der fortwährenden ökologischen Degradierung weiterhin die Hauptleidtragenden sein. Sie werden weiterhin die Ressourcen, derer sie habhaft können, übernutzen müssen, um zu überleben.

Niklas Reese [n.reese@asienhaus.de] ist Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter des Asienhaus-Projektes 'Armut, soziale Ungleichheit und Globalisierung'. Zur Zeit arbeitet er unter anderem zu den sozialen und ökologischen Dimensionen der Flutkatastrophe im Indischen Ozean (www.asienhaus.de/tsunami) und war im April/Mai für mehrere Wochen in Sri Lanka in einigen der vom Tsunami betroffenen Regionen.

Es braucht mehr als die übliche symbolische Sozialpolitik. Um die Armen weniger verletzlich zu machen, empfiehlt die ILO daher den (Wieder-) Aufbau von sozialen Sicherungs- und Schutzinstitutionen für den formellen wie auch den informellen Sektor.

Es wird darüber hinaus zu Änderungen in der Wirtschaftspolitik kommen müssen: Mit Nothilfe und Ausgleichszahlungen allein ist etwa den Fischern langfristig nicht geholfen. Damit sie auch in Zukunft noch vom Fischen leben können, müssen sie gegen die Konkurrenz durch industrielle Fangflotten geschützt werden und sind auf den Schutz der maritimen Ökosysteme angewiesen. Und ohne eine Lösung der Konflikte in Aceh und Sri Lankas Nordosten werden die meisten Menschen dort weiterhin in bitterer Armut leben müssen.

Anmerkungen

¹ Rosa Grabe berichtet, dass in vielen Dörfern nicht nur das Militär, sondern davor auch die GAM 10 Prozent der Hilfslieferungen gefordert hat.

² Die *Far Eastern Economic Review* vom 29.7.2004 schätzt, dass 30 Prozent der ausländischen Entwicklungsgelder der Korruption zum Opfer fallen. Ein Weltbankbericht von 2003 führt dies darauf zurück, dass die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, gering ist, da die zuständigen Anti-Korruptionsbehörden schlecht ausgestattet und die nationale Antikorruptionsgesetzgebung schwach auf der Brust sind.

³ Anfang März, anlässlich der Internationalen Tourismusbörse in Berlin ließ Premierminister Rajapakse verlauten, die touristischen Möglichkeiten werden „sogar noch besser als vor der Katastrophe werden. Mit dem Wiederaufbau wird viel Infrastruktur erneuert. Durch das Gesetz, dass Wiederansiedlung in einer Breite von 100 Metern vom Meer verbietet, werden die Strände vergrößert.“

⁴ Die JVP, die einen beachtlichen Rückhalt unter der singhalesischen Bevölkerung hat, betrachtet die Tamil Tigers als "Faschisten, die weder politische Selbstbestimmung noch Tsunamihilfe verdienen". In den 1970ern hatte die JVP zwei Aufstände mit mehr als 50 000 Toten ausgelöst – später hat sie Hunderte von Menschen getötet, weil sie indische Produkte gekauft hatten.

Die Flutkatastrophe in Süd- und Südost-Asien Ein persönlicher Zwischenbericht einer privaten Hilfsinitiative

Bernd Unger

Wie alles begann

Wenige Tage nach der verheerenden Flutkatastrophe, die am 26. Dezember 2004 die Küsten Süd- und Südost-Asiens verwüstete, schrieb mir ein indonesischer Freund, dass unsere gemeinsame Freundin DEWI (26) ihre Familie in Banda Aceh vermisste. Sofort bot ich DEWI meine Hilfe an, die sie aber nur zögerlich annahm. Sie bat mich im Einzelnen um Geld, Kleidung und Medizin. Daraufhin nahm ich zunächst Kontakt auf mit meinen indonesischen Freunden in Yogyakarta. Sie sollten für mich Geld vorstrecken, damit sich DEWI möglichst rasch auf die Suche nach ihrer Familie begeben konnte.

Parallel schickte ich eine Email an Freunde und Bekannte. Ich erzählte von DEWI und bat sie um finanzielle Unterstützung. Die Reaktionen waren und sind bis heu-

te überwältigend: Ich erhielt Emails, in denen ein unerwartetes Mitgefühl ausgesprochen wurde; ich bekam Anrufe, in denen mir volle Unterstützung zugesichert wurde; ich erhielt Geldbeträge, die meine Erwartungen um ein Vielfaches überstiegen. Meine Freunde und Bekannten unterstützten meinen Aufruf nicht nur durch Worte und Spenden, sondern sie leiteten den Hilferuf auch weiter. Damit hatte ich nun überhaupt nicht gerechnet. Plötzlich erhielt ich Zustimmung und vor allem Spendengelder von Menschen, die ich noch nie in meinem Leben gesehen hatte.

Das Vertrauen und die Hoffnung, die in meine private Hilfsinitiative gesteckt wurde und wird, ehrt und verpflichtet mich. Schnell wurde mir klar, dass die Aktion mehr Transparenz bedarf. Deshalb halfen

mir Freunde praktisch über Nacht, für meine Spendenaktion eine eigene Homepage einzurichten.

In diesen dramatischen Tagen informierte mich DEWI auch noch, dass man ihre vermissten Familienmitglieder tot aufgefunden habe. Wie sich jedoch etwas später herausstellte, hatte sie glücklicherweise nicht ihre komplette Familie verloren.

Transfer der Spendengelder

Das gespendete Geld überwies ich zum größten Teil an einen deutschen Bekannten, der derzeit in Yogyakarta lebt und arbeitet, einen Rest nahm ich persönlich mit, als ich im Februar 2005 für mein Uni-Projekt nach Yogyakarta reiste. Die Transferverluste reduzierten sich dadurch auf wenige Euros.

DEWI eröffnete auf Java ein Konto, um

die Spendengelder sicher anzulegen und jederzeit zugänglich zu haben. Die ersten Spenden investierte sie in Medizin, Kleidung und Decken. In Kisten verpackt, nahm sie alles mit, als sie sich Mitte Januar auf den weiten Weg nach Aceh machte. Überglücklich traf sie dort ihre überlebenden Familienmitglieder. Ihnen geht es den Umständen entsprechend derzeit „gut“. DEWI meinte, man brauche ihren geretteten Familienmitgliedern im Moment auch nicht mehr zu helfen. Deren Häuser wurden nicht zerstört, und fast alle haben schon wenige Wochen nach der Flutkatastrophe an ihre Arbeitsstätten zurückkehren können.

Die ersten Wochen arbeitete DEWI – wie sehr viele Indonesier – in der Region Aceh als Volunteer. Sie packte mit an, wo immer sie konnte. Anfang Februar schrieb sie mir, dass sie noch täglich helfe, Leichen zu bergen. Mitte Februar verließ sie Aceh und kehrte zurück nach Yogyakarta. Dort trafen wir uns und besprachen das künftige Vorgehen unserer Hilfsinitiative.

Seit Anfang März ist DEWI nun schon wieder in Aceh. Ihr ursprünglicher Plan, an einem Training der Weltbank teilzunehmen, wurde um mindestens zwei Monate verschoben. Dadurch kann sie sich mit vollem Elan für unsere Hilfsaktion einsetzen. Und das tut sie!

Wie geht es weiter?

Aus zahlreichen Interviews, die DEWI in Lagern in Aceh führte, erfuhr sie, dass es zwei Personen-Gruppen gibt, die von der Flutwelle besonders stark getroffen wurden: Erstens Kinder, die zu Waisen wurden, und zweitens Frauen, die ihre Ehemänner und damit ihre Existenzsicherung verloren haben. Für Kinder gibt es bereits zahlreiche spezielle Hilfsprogramme, für Frauen bisher noch sehr wenige.

Daher beschlossen wir, unsere Hilfe hauptsächlich Frauen zukommen zu lassen, die nun für sich selbst und ihre Kinder sorgen müssen. Die meisten Frauen in Aceh sind vor dem 26. Dezember Hausfrauen gewesen und haben selten

eigenständig Geld verdient.

Um so erstaunlicher ist es, dass uns diese Frauen nicht um Almosen bitten, sondern um Kredite. Sie wollen sich Geld in Höhe von umgerechnet etwa 30,- € leihen, um ihr eigenes kleines Unternehmen zu gründen. Die Frauen wollen bsp. Essen verkaufen, Wäsche waschen oder nähen. Nach und nach möchten sie ihre Kredite dann an DEWI zurückbezahlen.

DEWI und ich beschlossen, den Wunsch dieser Frauen zu unterstützen. Derzeit kümmert sich DEWI um die Umsetzung. Dafür konzentriert sie sich auf das Lager ‚Cot Gue‘, in dem derzeit etwa 100 Frauen leben.

Uns ist klar, dass nicht alle Geschäftsideen von Erfolg gekrönt sein werden. Dennoch wollen wir es schaffen, möglichst vielen Frauen und ihren Kindern einen Neuanfang zu ermöglichen. Gelingt uns das, haben wir einen nachhaltigen Beitrag zur Katastrophenhilfe geleistet.

Mehr Informationen zu der Hilfsaktion: www.uni-giessen.de/~gg1129

Bernd Unger [unger.bernd@web.de] arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geographie der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Ab Juni 2005 geht er für 3 Monate nach Aceh.

Pacific News Buchtipp

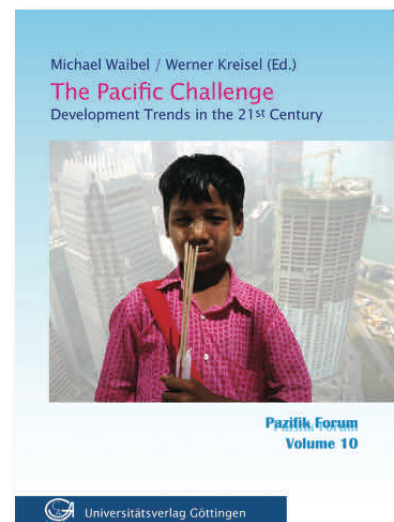
Pazifik Forum

Waibel, M. / Kreisel, W. (ED.) (2005): *The Pacific Challenge - Development Trends in the 21st century*. Schriftenreihe PAZIFIK FORUM der Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.; Volume 10, Universitätsverlag Göttingen, Göttingen 2005. ISBN 3-938616-10-5. 176 S.

The enormous leaps of growth and development experienced by Eastern and Southeast Asian states since the 1960s on account of their astonishing industrial development have led to concerns that a resulting global economic and political shift might favour the ‘Pacific region’ at the expense of the ‘Atlantic region’. A ‘Pacific century’ was proclaimed, in which it was predicted that Asian-Pacific countries would outpace the traditional leading powers of the West. A more careful look quickly reveals that this view is too simplistic.

From the point of view of various disciplines and covering different nations like China, Vietnam, Indonesia, Singapore, the Philippines and Papua New Guinea the authors of this publication pursue the question whether the 21st century can already be labelled the ‘Pacific Century’. This was also the title of the interdisciplinary series of lectures held at the University of Göttingen/Germany in the winter semester 2003/2004. This series of lectures was jointly organized by the Department of Geography, the University of Göttingen and the Association of Pacific Studies e.V. (APSA).

This 10th volume of the publication series ‘Pazifik Forum’ contains contributions by W. Kreisel, M. Taube & Ka-Wai Yiu, M. Waibel, A. Croissant, B. Dahm, H. Schneider, R. Seib and R. Jordan.





Aufnahme: Andrea Fleschenberg 2004

Impressionen vom Workshop

Uni einmal anders: Kooperationsworkshop „Asiens Superwahljahr 2004“

Andrea Fleschenberg

Uni einmal anders, praxisorientiert und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu gestalten, war das Ziel. Den Auftakt bildeten Podiumsdiskussionen zum Thema „Asien hat gewählt – Durchbruch für die Demokratie?“ an den Universitäten Bonn, Köln und Münster mit Gästen aus Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft verschiedener Länder Asiens, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung maßgeblich unterstützt wurden. In Zusammenarbeit mit dem Asienhaus Essen und verschiedenen nordrhein-westfälischen Universitäten fanden im Wintersemester 2004/2005 politikwissenschaftliche Seminare statt, in denen die Wahlen im Hinblick auf ihren Verlauf und ihre Ergebnisse sowie ihre Bedeutung für den weiteren Demokratisierungsprozess reflektiert wurden. In einem abschließenden Kooperationsworkshop am 21. Januar 05 wurden die Analysen und Ergebnisse der Gruppenarbeiten zusammen mit einem breiteren Publikum von ca. 45 Personen (Studierende, Wissenschaftler, Mitarbeiter des Asienhauses Essen) vor-

gestellt und diskutiert. Dabei übernahm jeweils eine Studierendengruppe die Anmoderation, Diskussionsleitung und das Zeitmanagement einer spezifischen Workshopsitzung. Die Studierenden präsentierten und diskutierten dabei eine breite Themenpalette rund um das asiatische Superwahljahr 2004.

Das erste Panel, organisiert von Studierenden der Universität Münster, trug den Titel *Südostasien: Wohlstand durch Demokratie – Demokratie durch Wachstum?* Die Studierenden untersuchten die Qualität regionaler Demokratie, ausgehend von wissenschaftlichen Annahmen zu demokratischen Transformationsprozessen, vor allem dem vielfach diskutierten Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Wirtschaftswachstum. Anhand der drei asiatischen *Tigerstaaten* Indonesien, Malaysia und Singapur erörterte das Panel der Studierenden aus Münster die Wechselbeziehungen beider Faktoren. Das Resümee der Studiengruppe: Alle drei Länder gelten wirtschaftlich als erfolgreich. Indonesien hat sich weitgehend von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise 1997

erholt. Seit dem Sturz SUHARTOS 1998 findet in dem Land eine relativ stabile demokratische Transformation statt, die nach Meinung von Beobachtern in den freien und fairen Wahlen 2004 einen Höhepunkt fand. Dahingegen scheinen die nach demokratischen Kriterien kritisch zu bewertenden Urnengänge in Malaysia sowie die für 2005 geplante Abstimmungen in Singapur vorwiegend der Bestätigung der Regierungen zu dienen. Das Panel widmete sich nach einer kurzen theoretischen Einleitung der unterschiedlichen Qualität der Demokratisierung in den Staaten. Ein besonderes Augenmerk richteten die Referenten darauf, wie stark sich die Wechselwirkungen von politischer und wirtschaftlicher Macht in den drei Ländern beeinflussen. Dabei prüften sie die Auswirkungen des Grades der Einkommensnivellierung der Gesellschaft: Sind breite Mittelschichten in Indonesien, Malaysia und Singapur eine wichtige Voraussetzung für eine stabile Demokratie? Ein weiterer Aspekt war auch die zivilgesellschaftliche Entwicklung. Inwieweit wird die lokale Zivilgesellschaft ihrer zugeordneten Rolle als

Pfeiler in der Entwicklung der drei Staaten in Zukunft gerecht?

Mit der Frage, ob die Wahlen in den verschiedenen asiatischen Ländern frei, fair und gleich sind, beschäftigten sich zwei Studierendengruppen der Universitäten Köln und Duisburg-Essen aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Heterogenität und Repräsentation im Spiegel asiatischer Wahlsysteme war Untersuchungsgegenstand der Kölner Gruppe. Ihr Fazit: Grundsätzlich sollen Wahlen zwei Funktionen erfüllen. Zum einen sollen sie die Repräsentation des Volkes gewährleisten, zum anderen die Regierung mit einer stabilen Mehrheit ausstatten. Beide Funktionen stehen in einem Trade-Off zueinander und scheinen insbesondere vor dem Hintergrund heterogener Gesellschaften schwierig zu realisieren. Ein gemeinsames Merkmal vieler asiatischer Länder ist die pluralistische Gesellschaftsstruktur, die sich insbesondere in einer ethnischen und religiösen Heterogenität manifestiert. Aus demokratietheoretischer Sicht erscheint besonders die Repräsentation gesellschaftlicher Minderheiten von Bedeutung, beinhaltet doch die Benachteiligung dieser Gruppierungen erhebliches soziales Konfliktpotential, das nur zu leicht die vorhandenen Demokratisierungsbestrebungen unterwandern kann. Obwohl der allgemein gängigen Annahme zufolge Mehrheitswahlsysteme ungeeignet für heterogene Gesellschaften sind, dominieren diese in Asien. Aber führt das Verhältniswahlrecht wirklich zu größerer Repräsentation und gibt es überhaupt das „beste Wahlsystem“? Wie schwer die Beantwortung dieser Frage ist, wurde anhand der Länderbeispiele Indonesien und Malaysia diskutiert, da sich beide Länder in geographischer Nähe befinden, sich durch große Heterogenität auszeichnen, jedoch mit unterschiedlichen Wahlsystemen operieren. Die Präsentation endete mit konkreten Vorschlägen für eine Modifikation des jeweiligen Wahlsystems, die zu mehr Repräsentation, Regierungsfähigkeit und Demokratie führen können.

Aus einer Gender-Perspektive ging die zweite Gruppe einer in der folgenden Diskussion provokanten und kontroversen Frage nach: *Während Ying noch schrubbt*

macht Yang schon Politik – Von der Hausfrau zur Quotenfrau? Kritisch beleuchtet wurden folgende Gesichtspunkte rund um das Thema Quoten als Allheilmittel gegen Unterrepräsentation von Frauen in der Politik: Ist das wirklich so oder sind sie nur Kosmetik? Was sind Quoten eigentlich? Wie sollten sie als Instrument eingesetzt werden? Was können sie leisten und was nicht? Der Fokus lag dabei auf den folgenden Ländern Asiens in denen im Superwahljahr 2004 Wahlen stattfanden: Sri Lanka, Philippinen, Südkorea und Indonesien. Untersucht wurden diese Länder im Hinblick auf die Implementierung unterschiedlicher Quotentypen und ihrer Auswirkungen auf die Repräsentation von Frauen im nationalen Parlament. Sri Lanka bildet eine Ausnahme, da es keine Quotenregelung etabliert hat. Als Ergebnis wurde festgehalten, daß die Etablierung von Quoten eine tendenzielle Erhöhung der Repräsentation von Frauen bewirkt. So erhöhte sich z.B. in Südkorea seit Einführung der Quote der Frauenanteil in der Nationalversammlung von 5,9% auf 13%. In Indonesien ist bei den Wahlen von 1999 ein Anstieg von 8,8% auf 11,8% bei den Wahlen in 2004 zu verzeichnen. Die Quote als Instrument wird in diesen Ländern durchaus kontrovers diskutiert oder sogar abgelehnt. In Indonesien waren vor allem Frauenorganisationen und Medien die Triebkräfte für die Einführung einer Quote in 2003. Die amtierende Präsidentin MEGAWATI SUKARNOPUTRI lehnte die Quote ab. Trotz bemerkenswert vieler politischer Führerinnen in der Region hat dies bisher keinen nachhaltigen Einfluß auf die politische Repräsentanz von Frauen. Ein *trickle-down* Effekt ließ sich nicht feststellen. Die Quote als Repräsentationsmittel gilt es jedoch aufgrund ihrer Aussagefähigkeit für die weibliche Partizipation zu hinterfragen. Quoten gewährleisten einen Anstieg einer gendergerechten Repräsentation, jedoch führen sie keine Erhöhung der Partizipation herbei. Weitere Maßnahmen sind notwendig, um ein echtes *women empowerment* zu ermöglichen, so z.B. die Rekrutierung und Vernetzung, Weiter- und Ausbildung von Politikerinnen, sowie die Unterstützung ihres Wahlkampfes durch die Parteien.

In der Asien-spezifischen Literatur finden sich häufig Auseinandersetzungen über die Frage, ob asiatische Demokratien spezifische Charakteristika und Komponenten aufweisen. Dem gingen zwei Studierendengruppen der Universitäten Duisburg-Essen und Köln nach. Im ersten Vortrag „*Asiatische Demokratie – Kann man Schnitzel mit Stäbchen essen?*“ ging es um die kritische Beleuchtung des theoretischen und normativen Konzeptes „Asiatische Demokratie“. Das Fazit des Vortrages, welches später sehr kontrovers diskutiert wurde: Im Rahmen der zweiten und dritten Demokratisierungswelle kam es mittlerweile auch in Asien zur Entstehung demokratischer Systeme. Dort herrschen zwei Arten von Systemen vor. Zum einen findet man elektorale Demokratien, die jedoch innere Defekte aufweisen. Zum anderen gibt es auch solche, die formal demokratisch erscheinen, tatsächlich aber stark autoritäre Züge aufweisen, da sie substantielle Freiheitsrechte verwehren. Die ehemaligen Regierungschefs von Malaysia und Singapur, MAHATHIR MOHAMAD und LEE KWAN YEW, warfen zu Beginn der Neunziger eine Debatte über besondere asiatische Werte in der Politik auf. Sie übten darin Kritik an dem westlichen Modell von Demokratie und stellten die Frage, ob dieses Modell auf asiatische Gesellschaften übertragbar und wünschenswert sei. Dem westlichen Modell stellten sie ein Asiatisches entgegen, welches auf fernöstlicher Tradition und autoritärer Staatsführung basiert. Daran anknüpfend entwickelte sich eine politikwissenschaftliche Diskussion darüber, in wie weit sich asiatische Besonderheiten in den dortigen Demokratien wiederfinden lassen. Die Debatte verläuft entlang der Trennlinie, ob die Asiatische Demokratie ein eigenständiges Konzept darstellt oder sich kaum von dem Konzept defekter Demokratien weltweit unterscheiden läßt. Überprüft und für valide befunden wurde das Konzept der „Asiatischen Demokratie“ anhand zweier Länderbeispiele, Malaysia und Indien.

Wie schon in der zweiten Workshopsitzung, ging es auch im letzten Teil wieder um die gender-spezifische Analyse von Wahlen und Politik in Asien: „*After Him*’



Aufnahme: Andrea Fleschenberg 2004

Impressionen vom Workshop

– *Dynastien in Asien*“ so das Thema, angelehnt an das DFG-Forschungsprojekt der Universität Duisburg-Essen „Dynastien und politische Führerinnen in Asien“ unter Leitung von Dr. CLAUDIA DERICHS (www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/Institut/mitarbeiter/Dynasties/Index.htm). Der Titel deutet bereits auf eine Besonderheit in der politischen Landschaft Asiens hin: „After Him“, spielt auf die Rolle derjenigen Frauen in Spitzenämtern der Politik an, welche nach dem Tod des Vaters oder Ehemanns sein politisches Erbe antreten. Dieser Zusammenhang ist kein Einzelfall, sondern gilt für 14 Frauen aus 10 untersuchten Ländern Süd-, Südost- und Ostasiens. Dabei fällt auf, daß der Anteil von Frauen auf den unteren Ebenen der Politik in der Region besonders hoch ist, wohingegen die Repräsentation von Frauen auf den unteren Ebenen der Politik unverhältnismäßig niedrig ist. Die Studierenden stellten dabei folgendes fest: Betrachtet man den familiären Hintergrund der Frauen in eben jenen Spitzenämtern der Politik genauer, so fällt, dass es sich in beinahe allen Fällen um die Töchter oder Witwen früherer Regierungs- oder Oppositionsführer handelt. Alle Frauen besitzen eine dynastische Herkunft und treten das politische Erbe eines verstorbenen Familienmitglieds an. Obwohl in den Ländern der Region erhebliche Unterschiede bezüglich des Entwicklungsstandes, der Kultur, der Re-

ligion und des politischen Systems bestehen, gelten alle Länder als patriarchalisch. Dennoch gelang es den Frauen sich, gegen männliche Dominanz und trotz weitgehender Abschottung der Frauen aus dem öffentlichen Leben, gegen die männliche Konkurrenz zu behaupten und sich an die Spitze der Politik des Landes zu setzen. Die Frauen werden von der Gesellschaft in dieser Position trotz patriarchalischer Grundorientierung akzeptiert. Der politische Werdegang der Frauen weist beinahe in allen Fällen bestimmte Regelmäßigkeiten auf. Die Karriereleiter verläuft in den meisten Fällen dreistufig: über die „Opferrolle“ zur „Anführerin der Opposition“ und schließlich zur „Karrierepolitikerin“. Häufig erlangten die Frauen ihre Popularität durch das Märtyrertum der ermordeten oder inhaftierten Väter oder Ehemänner. Dabei spielten sie eine „Opferrolle“, welche sie, wie im Falle CORAZON C. AQUINOS in den Philippinen, als Grundlage zu einer Mobilisierung ihrer politischen Anhängerschaft nutzen konnten. Diese erste Stufe der „Opferrolle“ wirkt häufig als Sprungbrett zur zweiten Stufe - die Führung einer oppositionellen Partei oder Bewegung. Die Frauen verweisen zu diesem Zeitpunkt ihrer Karriere im Besonderen auf ihre moralische Stärke und suggerieren das Bild des Guten gegen das Böse. Dabei gilt es zunächst weniger darum, ihre politische Fähigkeiten herauszustellen, sondern vielmehr darum, sich als zurückhaltende

Führerin im Kampf gegen ein ungerechtes, despotisches Regime zu präsentieren. Schließlich erreichen die Frauen als dritte Stufe die der „Karrierepolitikerin“. Die Länderbeispiele Philippinen und Indien zeigten, daß die Tatsache einer weiblichen Führerschaft mit dynastischem „Background“ nicht unbedingt eine Aussage über die tatsächlichen „political skills“ zulassen. Sowohl die Philippinen mit GLORIA MACAPAGAL-ARROYO und CORAZON C. AQUINO als auch Indien mit SONIA und INDIRA GANDHI verfügen über hochrangige Politikerinnen, welche aus politischen Dynastien stammen. Alle Frauen traten das politische Erbe ihrer männlichen Verwandten an und vermochten es, sich gegen die männliche Konkurrenz durchzusetzen und ein politisches Spitzenamt zu bekleiden. Dennoch agieren die Frauen, einmal an der Macht, unterschiedlich in der Art und Weise wie sie ihre Macht sichern und nutzen. In ihrer neuen Position müssen sie sich mittels Führungskompetenz und politischem Programm gegen ein männlich dominiertes Umfeld behaupten.

Die Veranstaltung stieß bei allen Beteiligten auf sehr positive Resonanz. Es wurde eine Emailliste (<http://de.groups.yahoo.com/group/politik-ostasien/>) eingerichtet, da sich die Studierenden über das Semesterende hinaus zu dem Thema austauschen wollen. Das Asienhaus Essen sowie zahlreiche Teilnehmende regten an, derartige Kooperationsveranstaltungen in Zukunft regelmäßig durchzuführen. Für das Wintersemester 2005/2006 ist eine weitere Kooperationsveranstaltung zwischen den Asienhaus Essen, den Universitäten Köln, Duisburg-Essen und weiteren interessierten Partneruniversitäten zum Thema „Soziale Sicherheit in Asien“ geplant.


Anmerkungen

¹ Der Artikel basiert in weiten Teilen auf Texten der Studierendengruppen der Universitäten Münster, Duisburg-Essen und Köln, denen an dieser Stelle gedankt werden soll für ihr großes Engagement und ihre Professionalität, welche nicht nur die DozentInnen und die Mitarbeiter des Asienhauses, sondern auch externe Zuhörer positiv überrascht hat und zu weiteren Veranstaltungen in kommenden Semestern führen wird.

Dr. rer. pol. Andrea Fleschenberg [fleschenberg@uni-duisburg.de] promovierte 2003 an den Universitäten Bonn und Erfurt im Bereich Politikwissenschaften. Seit 2003 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt „Dynastien und politische Führerinnen in Asien“ an der Universität Duisburg-Essen.















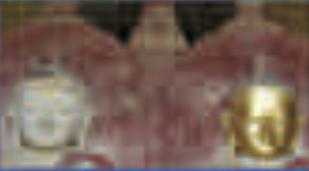













Picture Galleries Southeast Asia - Pacific Islands

<http://www.geogr.uni-goettingen.de/kus/pics/asia-pacific-pics.htm>



Department of Cultural & Social Geography

Picture Galleries - South East Asia - Pacific Islands

 <p>Vietnam I</p>	 <p>Vietnam II</p>	 <p>Vietnam III (Black & White)</p>	 <p>Vietnam IV</p>
 <p>Vietnam V</p>	 <p>Vietnam VI</p>	 <p>Vietnam VII</p>	 <p>Vietnam VIII</p>
 <p>Markets of Vietnam IX</p>	 <p>Vietnam X</p>	 <p>Vietnam XI</p>	 <p>Laos</p>
 <p>Living Myanmar I</p>	 <p>Myanmar II</p>	 <p>Spiritual Myanmar III</p>	 <p>Impressions of Myanmar IV</p>
 <p>Cambodia I</p>	 <p>Cambodia II (Angkor)</p>	 <p>Faces of Cambodia III</p>	 <p>Philippines I</p>
 <p>Faces of Indonesia I</p>	 <p>Impressions of Indonesia II</p>	 <p>Indonesia Black & White III</p>	 <p>Fiji Islands</p>
 <p>Pacific News (United) I</p>	 <p>Pacific News (United) II</p>	 <p>Easter Island (Rapa Nui) III</p>	 <p>French Polynesia</p>